

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,05 RM. + 80 Pf. Botenlohn = 2,15 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die gebührende Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Bereichs- u. Besondere Anzeigen 6 Pf. Reklamapreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile ober deren Raum im Wert 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Section der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Traubner Straße 50. (Telefon 4902).
Redaktion: Breslau 10, Traubner Straße 50 (Hinterhaus).
Veranstaltung: 439 02. **Sprechstunde:** Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Verlagsstand:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau 10, Traubner Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Entfacht in dieser ersten Stunde überall die Einheitsfrontaktion

Gegen jede Faschisten-Regierung! Für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Höchste Alarmbereitschaft in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln!

Berlin, 22. November. (Sig. Drahtber.) Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Das darf die Arbeiterklasse nicht täuschen über die faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat dem kommenden Kabinett zahlreiche Richtlinien diktiert, aus denen wir folgende wichtige Punkte entnehmen:

- Keine Veränderung im Reichswehrministerium, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden.
- Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses, der durch das Papen-Kabinett eingeleitet wurde und deshalb keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnung.
- Fortsetzung der Reichsreform unter dem Grund nach einheitlicher politischer Leitung im Reich und in Preußen, deshalb keine Veränderung in der Verbindung, die jetzt zwischen preussischer und Reichspolitik hergestellt worden ist.
- Keine Beschränkung der Präsidialgewalt etwa durch Verminderung der Befugnisse, die im Artikel 48 angegeben sind, das heißt kein Reichsgesetz, die der Anwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen ziehen.

Das bedeutet die Weiterführung des faschistischen Programms, an dem Papen durch den Widerstand des Proletariats unter Führung der SPD. gescheitert ist. Hitler hat in einem Brief an den Reichspräsidenten von Hindenburg seine „Bedingungen“ für die Übernahme der Regierung gestellt. Eine Veröffentlichung des Briefes von Hitler ist noch nicht erfolgt. Das Proletariat darf sich nicht verwirren lassen.

Welche Haltung nehmen die sozialdemokratischen Führer in dieser gefährlichen Stunde für das deutsche Proletariat ein? In einem Artikel der Düsselborfer sozialdemokratischen „Volkzeitung“, der zum Sturz des Papen-Kabinetts Stellung nimmt, sprechen die SPD-Führer den Wunsch aus, daß die Nazis endlich an der Regierung beteiligt werden. Auf der anderen Seite versucht man, die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, die gewillt sind, die Weiterführung des Papen-Kurses zu verhindern, erneut mit radikalem Geschwätz zu betören. Zu den Verhandlungen über eine Regierung der „nationalen Konzentration“ schreibt der „Vorwärts“ am Sonntag:

„Gleichviel, was aus Händen und Sandeln der Wilhelmstraße herauskommt, für die Sozialdemokratie ist und bleibt die Opposition die gegebene Stellung. Die Periode ihrer verantwortlichen Teilnahme an der Staatsmacht ist abgeschlossen. Niemand vermag zu sagen, unter welchen Umständen sich später einmal ihre Rückkehr zu ihr vollziehen wird.“

Die SPD. in Opposition? Ein dreister Schwindel. Die SPD. trägt nur die Maske der „Opposition“ und unterstützt mit allen

ihren Kräften das faschistische Regime. Was war die Kapitulation am 20. Juli? Was war der Streikbruch beim BVO-Streit? Was ist die Erklärung des „Vorwärts“ — zwei Tage zuvor — für eine Präsidialregierung, sogar, wenn sie sich nicht auf den Reichstag stütze? Was ist die Hege der Sozialdemokratie gegen die proletarische Einheitsfront, gegen die SPD.? Das ist keine Opposition, sondern der Vandalendienst der Sozialdemokratie für das Kapital, für den Faschismus.

Der oben zitierte Schlußatz von der eventuellen „Rückkehr“ der SPD. zur „verantwortlichen Teilnahme an der Staatsmacht“ steht nicht von ungefähr da. Er bedeutet die Anbiederung der SPD. an die Bourgeoisie, die demütigste Bitte der SPD., ihr doch Ministerstelle zu geben und sie noch offener als bislang zur Unterstützung des Kapitals heranzuziehen.

Nun, die Sozialdemokratie wird keine Ministerstelle, sondern noch mehr Fußstapfen bekommen und nach wie vor durch Kapitulations- und Streikbruchspolitik, durch Hege gegen die proletarische Einheitsfront ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie durchführen.

Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ behandelte in ihrer gestrigen Ausgabe ausführlich den Verlauf der Regierungsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis, verzichtet auf eine eigene Stellungnahme. Und warum nimmt die „Volkswacht“ eine solche Haltung ein? Infolge des wachsenden Kampfwillens der sozialdemokratischen Arbeiterklasse wagen es die schlesischen sozialdemokratischen Führer nicht, offen wie in Düsseldorf für eine Hitler-Regierung einzutreten. Wir Kommunisten weisen die sozialdemokratischen und freigeberischen Kollegen auf die große Aufgabe im Kampfe gegen jede Faschistenregierung in der Domäne des Faschismus, und das ist zweifellos Schlesien, hin. Der Faschismus mobilisiert seine Terrororganisationen gegen die antifaschistische werktätige Bevölkerung, und wir müssen in der ersten Stunde keine Zeit verlieren für die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen.

Der Kampf der roten Einheitsfront gilt gegen jede Faschistenregierung, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik. Schon heute müssen in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen Beschlüsse für den außerparlamentarischen Massenkampf gefaßt werden. Das deutsche Proletariat darf nicht zusehen, daß ein neuer 20. Juli eintritt. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß gegen die Macht der deutschen Arbeiterklasse sich keine faschistische Regierung in Deutschland halten kann. An der Kampfkraft der deutschen Arbeitermassen muß jede neue Regierung zerbrechen, vorausgesetzt, wenn die Millionen sozialdemokratischer und freigeberischer Arbeiter aktiv in der roten Einheitsfront mitkämpfen.

Höchste Alarmbereitschaft ist notwendig! Seid bereit!

Aus dem Inhalt:
Hitler verkauft seine 11 Millionen Wähler
Die Börsenwölfe für Hitler
Hitler schwört jede Streikbeteiligung ab

Unser die Jugend

Das Steuer im kommunistischen Jugendverband wird herumgerissen! Der Durchbruch von der feindschaftlichen Isolierung zu einer revolutionären Massenpolitik beginnt! Der KJVD. schreitet vorwärts auf dem Wege zur Volksherrschaft seiner Kader! Er beginnt mit einer umfassenden Offensive, um die Mehrheit des Jungproletariats zu erobern für unseren Kampf um die Arbeiter- und Bauernrepublik, um den Sozialismus. — Das brachte die Plenartagung des Zentralkomitees des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands durch seine mehrtägige erste bolschewistische Beratung auf das Lebendigste zum Ausdruck. Die Tagung, die zu den Beschlüssen des 12. Ekki-Plenums der KJ. und zu den Ergebnissen der Reichsparteikonferenz Stellung nahm, die diesen Beschlüssen einstimmig zustimmte, ist für die Entwicklung unseres Jugendverbandes wie auch für den gesamten revolutionären Kampf des Jungproletariats von entscheidender, ja man kann sagen historischer Bedeutung.

Es charakterisiert die Wichtigkeit dieser Konferenz, daß der Führer unserer Partei, Genosse Ernst Thälmann, unter dem stürmischen Beifall der Plenartagung in mehrstündiger Diskussionsrede nach dem politischen Referat des einstimmig zum Vorsitzenden des KJVD. gewählten Genossen Fritz Grosse die Probleme des 12. Plenums, die augenblickliche politische Lage und die Aufgaben des KJVD. behandelte. — Hier auf der Plenarkonferenz des Jugend-Zentralkomitees wurde die enge, unüberbrückliche Kampferbundenheit und politische Übereinstimmung des KJVD. mit der Partei in erster, fruchtbarer, kameradschaftlicher Beratung demonstriert. Wir haben ein Ziel, betreiben eine revolutionäre Politik und sind daher eine festgeschlossene Kampfgemeinschaft, die nicht durch ein familienhaftes Spießertum zusammengeklüftet ist, sondern bei höchster Entfaltung des revolutionären Eigenlebens des KJVD. unter Führung der Partei die Massen des Jungproletariats für den Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise zu mobilisieren.

36 Genossen, Mitglieder des Jugend-Zentralkomitees und Vertreter aus den Bezirken und Betrieben, brachten in der Diskussion wichtige Beiträge zu den Lehren und Erfahrungen der Streikämpfe, der Jugendaktionen in den Arbeitsdienstlagern, an den Fortbildungs- und Berufsschulen. Vollste Zustimmung fanden die Artikel des Genossen Thälmann, des Genossen Grosse und des Vertreters des Ek. der KJ. Das Plenum setzte einen Schlußfakt unter die Auseinandersetzung mit der parteifeindlichen Gruppe der Genossen Neumann, Kurt Müller ufm., die versucht hatten, den Jugendverband in einen Gegensatz zur Linie und Führung der Partei und in Gegensatz zur politischen Linie der kommunistischen Jugendinternationale zu stellen. Mit größter Empörung und vollster Einmütigkeit hat das Jugendplenum das parteifeindliche und fraktionelle Treiben dieser Gruppe, die durch ihre Politik ein ernstes Hemmnis für die Entwicklung des KJVD. zu einer Massenbewegung war, verurteilt. Nur weil die Mitglieder dieser Gruppe der Masse entfremdet waren infolge ihres mangelhaften marxistisch-leninistischen Fundamentes und durch ihren Mangel an Selbsterziehung, konnte sich diese Gruppe auf einen der Partei entgegengesetzten Weg begeben.

Genosse Thälmann wies auf die große bedeutsame Rolle der revolutionären Jugendbewegung in der Parteigeschichte hin. Die um Vieles mehr gescharfte Jugend, die im Revolutionsfeuer von 1919 und 1920 geformt wurde, die im Jahre 1921 im Kampfe gegen den rechtsopportunistischen Levi-Kurs halfen, Depressionsstimmungen zu überwinden, die Jugend, die auf dem Leipziger Parteitag mutig gegen den Brandlerismus kämpfte, die Jugend, die in der Antifaschisten-Zeit mutig der Linken innerhalb der Partei und der Kommintern half im Kampfe gegen die sektiererische Politik und die opportunistische „Volkstod“-Theorie, diese revolutionäre Jugend hat an wichtigen historischen Wendepunkten der Parteigeschichte und der Arbeiterbewegung ihre große politische Bedeutung bewiesen. — In dem Verhältnis des Jugendverbandes zur kommunistischen Partei müsse — so erklärte Genosse Thälmann — jenes bolschewistische Prinzip

SA. und SS. in Bereitschaft

Mannheim, 21. November. (Sig. Drahtber.) Aus den Kreisen der pfälzischen SA. erhalten wir folgende Information: Die SA. und SS. ist mit sofortiger Wirkung in höchste Alarmbereitschaft gesetzt worden. Als erste Aufgabe bei der Bildung einer evtl. Regierung Hitler-Strasser wurde mitgeteilt:

- a) Bällige Vernichtung des Kommunismus.
 - b) Sofortige Festsetzung aller Funktionäre der SPD.
- Die SA. der einzelnen Orte sollen vorläufig an ihren Standorten verbleiben. Die SS. wird entsprechend ihrer Stärke ausgetauscht; so sollen beispielsweise zwei Hundertschaften der Zweibrücker SS. nach Ludwigshafen versetzt werden. Die organisatorischen Maßnahmen für die Durchführung dieses Programms sind

bereits getroffen. Alle Lastwagen stehen bereit. Seit mehreren Tagen werden in Ober-Baden bereits entsprechende Manöver durchgeführt. Und in Schlesien, in der Domäne des Faschismus, in der Fernmörder Prines der Führer der faschistischen Terrororganisationen ist, ist ebenfalls die SA. und SS. in den letzten 48 Stunden in Alarmbereitschaft gesetzt worden. Aus mehreren anderen Bezirken Deutschlands erfahren wir, daß SA. und SS. dort ebenfalls als sofort in äußerster Alarmbereitschaft stehen.

Alle diese Meldungen belegen, daß die Arbeiterklasse in höchster Alarmbereitschaft sein muß, ganz gleichgültig, wie die Regierung aussehen wird, sie wird eine faschistische sein. Die Arbeiterklasse muß in Bereitschaft stehen. Ein 20. Juli darf nicht wieder kommen!

SPD. fordert Hitler-Regierung

Am 18. November schrieb in der Düsselborfer sozialdemokratischen „Volkzeitung“ der Redakteur F. Schling in einem Leitartikel, der zum Sturz des Papen-Kabinetts Stellung nahm, wörtlich: „Die sogenannte „nationale Konzentration“ wird sich im Effekt als eine Fortsetzung des Papen-Kabinetts erweisen, aber wir wünschen, daß die Nazis endlich an der Regierung beteiligt werden. Selbst auf die Gefahr hin, daß sie in Preußen zu gleicher Zeit die Exekutive oder einen Teil der Exekutive in die Hand bekommen.“ Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der SPD., die ihr doch sehr gut wisst, daß eine Hitler-Regierung gefeiertes Gland und verschäpft

Verklärung der Arbeiterklasse bedeutet, was habt ihr gemeinsam mit solchen SPD.-Führern, die eine Hitler-Regierung wünschen? Ihr Arbeiter der SPD., die ihr den Kampf führen wollt gegen jede Faschistenregierung in Deutschland, erkennt, daß nur in den Reihen der roten Einheitsfront dieser Kampf geführt werden kann! Während die SPD.-Führer eine Hitler-Regierung wünschen, ruft die SPD. auf zur härtesten Massenmobilisierung für den Kampf gegen das kommende Faschistenkabinett! Heraus aus der SPD.! Hinein in die rote Einheitsfront! Her zur kommunistischen Partei!

Annahme finden, wie es vom Genossen Stalin in seiner Antwort an die „Kommunistische Pravda“ niedergelegt wurde. Dort heißt es, daß ein wichtiger Bestandteil der Erziehung der Jugend im Geiste des Leninismus darin bestehe, „die Jugend im Geiste des Vertrauens zur Führung der kommunistischen Partei zu erziehen“.

Bereits die Reichsparteikonferenz der KPD. stellte der gesamten Partei die gewaltige Aufgabe, ihr Gesicht dem Jugendverband zuzuwenden. Die Bedeutung und die Rolle der proletarischen Jugend im Klassenkampf und in der Frage des imperialistischen Krieges verpflichtet die Gesamtpartei zur praktischen Inangriffnahme, Verbreiterung und Vertiefung unserer revolutionären Jugendpolitik.

Das Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung mit seiner Beendigung der sozialen Reformen führt zu einer tiefgehenden Massenvertiefung des Jungproletariats. In den letzten einhalb Jahren verdoppelte sich die Zahl der Jugenderwerbslosen auf etwa 2 Millionen. Fast die gesamte erwerbslose Jugend ist jeglicher Unterbringung beraubt. Nach amtlicher Berechnung giebt allein mehr als 600.000 Jugendliche vagabundierend und bettelnd durchs Land. 300.000 Jugendliche sind in den faschistischen Arbeitsdienst gepreßt. Breite Teile der studentischen und akademischen Jugend finden keinerlei Möglichkeiten der Beschäftigung mehr. — Mit Recht stellt die Jugendresolution der Plenartagung fest, daß eine zunehmende Radikalisierung und Revolutionierung des Jungproletariats durch aktive Teilnahme der Jugendlichen an Wirtschaftskämpfen, durch Streikaktionen in den Arbeitsdienstslagern eingetreten ist.

Der kommunistische Jugendverband hat sich durch seine Hunderte Streiks in den Arbeitsdienstslagern, durch seine aktive Teilnahme am KPD-Streit in Berlin, durch sein mutiges Einsehen für die wirtschaftlichen Belange der jungen Werktätigen in zunehmendem Maße, wenn auch durchaus noch nicht befriedigend, das Vertrauen breiter Schichten junger Arbeiter und Arbeiterinnen erworben.

Die Bourgeoisie fürchtet und haßt unsere revolutionäre Jugendbewegung. Sie erkennt die Bedeutung der Tatsache, daß bei der letzten Wahl, besonders in Berlin, auf Grund der richtigen Linie der Partei, breite Massen von jugendlichen Arbeiterelementen (Jungwählern) breis von uns erfasst werden konnten. Darum auch die intensiven Bemühungen der Bourgeoisie im Kampfe gegen, wie im Kampfe um die Gewinnung der Jugend. Das Hindenburg-Kuratorium, die militaristische Jugenderziehung, die Schritte zur Arbeitsdienstpflicht, die unter der wertvollen Jugend auf breiter Basis entfachte chauvinistische Propaganda — das alles kennzeichnet den Kurs, den die Bourgeoisie bei gleichzeitiger Durchführung der Pappen-Sohnabbau-Notverordnungen gegen die Jungwerktätigen einschlägt.

Die Plenartagung beschloß einmütig einen klammernden Appell gegen das neue drohende Attentat der faschistischen Machthaber, die durch eine „Wahlrechtsreform“ mehr als 5 1/2 Millionen Jungwerktätigen das Wahlrecht rauben, 5 1/2 Millionen politisch entmündigen, entrechteten und gesellschaftlich degradieren will. Die Plenartagung beschloß ferner, gemeinsam mit der Partei eine großzügige Massenbewegung für die Verteidigung der letzten noch übrig gebliebenen bürgerlichen Rechte der wertvollen Jugend zu entfachen.

Mit größter Eindringlichkeit und mit tiefstem bolschewistischem Ernst wies besonders der Genosse Thälmann die Teilnehmer der Plenar-M-Tagung darauf hin, unverzüglich die Mängel und die Schwächen auf dem Gebiete ihrer revolutionären Massenpolitik zu überwinden, die revolutionäre Schlagfertigkeit des Verbandes zu steigern, eine wirkliche Konzentration des Gesamtverbandes auf die Bearbeitung der Betriebe durchzuführen und den Kampf des KPD. für die Interessen der Jugenderwerbslosen zu vereinfachen. Eine tatkräftige Unterstützung der Massenpolitik des Pionierverbandes bedeutet zugleich eine Hilfe für die Partei. Die Durchführung von Teilkämpfen und Streikbewegungen muß mächtig gesteigert werden, weil wir nur über diesen Weg die Massen des Jungproletariats an größere entscheidende Kämpfe heranzuführen können. In den Betrieben muß eine großartige Kampfbewegung entfaltet werden für die Verbesserung des Jugendschutzes und der Arbeitsbedingungen. Es gilt, einen heiligen Saker von Jugendvertrauensleuten in den Betrieben zu schaffen und den jungen Mitgliedern der KPD, der KJVD, des KJVB. und auch den Jungwerktätigen der christlichen Gewerkschaftsjugend unsere unbedingte Bereitschaft zu zeigen, mit ihnen gemeinsam in brüderlicher revolutionärer Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg anzukämpfen. Unsere Jugendpresse muß stärker zu wirklichen Organen der Jugend umgestaltet werden. Eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Lösung dieser wichtigen Aufgaben ist die Verwirklichung des Beschlusses des 11. Plenums der Komintern: „Bei jeder Betriebszelle der Partei eine Jugendzelle. Der KJVD. muß breiter sein als die Partei, muß sie ein- und überholen.“ — Hierbei findet der Jugendverband die vollste Unterstützung der Partei.

Die größten Schwächen weist der Jugendverband noch auf dem Gebiete der innergewerkschaftlichen Arbeit und in der mangelhaften Unterstützung der KPD-Jugend auf. In enger kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den erwachsenen Genossen müssen hier die deutschen Jungkommunisten unerbüßlich an die Ueberwindung der noch vorhandenen Schwächen gehen. Gleichzeitig muß der KJVD. unter den Warenhausangestellten, den jungen Arbeiterinnen, unter der Landarbeiterjugend und unter der wertvollen studierenden

Jugend seine Kampferfahrung entrollen, um auch diese Schichten gemeinsam und unter Führung des Jungproletariats in den Kampf zu führen. Dabei müssen unsere jungen Genossen erkennen, daß sie im Kampfe gegen den Faschismus und Sozialfaschismus, im Kampfe gegen die „linken“ Wand der SPD. und KPD. und bei der Bewusstseinsbildung des KJVD. nur dann wirkliche Erfolge erzielen können, wenn eine unermüdete Arbeit an der Lösung des theoretischen Niveaus, an der Herausarbeitung der politischen Klarheit und eines revolutionären Bewußtseins geleistet wird.

Im innerverbandlichen Leben mehr Lebendigkeit, mehr Bewegung, mehr Kameradschaftlichkeit! Der KJVD. muß ein die Massen anziehender Magnet werden. Unser revolutionärer Internationalismus, unser revolutionärer Kampf gegen Versailles muß zündend und anfeuernd die wertvollen Jugendmassen für unseren Freiheitskampf begeistern.

Der Kommunismus gibt allein der wertvollen Jugend eine Zukunft und zeigt ihr den Ausweg. Bei den Jugendmassen der Arbeiterbewegung sind bereits starke Anzeichen des Zurückflutens zu bemerken. Der KJVD. hat die große historische Aufgabe, in treuer, kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit der Partei, im Kampfe gegen die Kapitaloffensive und Arbeitsdienstpflichtbittatur, im Kampfe gegen den drohenden Wahlrechtsraub und im Kampfe gegen Wehrpflicht, imperialistischen Krieg und Versailles Diktat die vom Nationalsozialismus, von der SPD. und KPD. Politik enttäuschten Millionenmassen der Jungwerktätigen und von ihnen zurückflutenden Jungproletariats zu erobern, zu erfassen und sie zu revolutionären Kämpfern zu machen.

Die Plenartagung des KJVD. war für diese wichtigen Aufgaben eine äußerst bedeutsame Tagung. Während im sozialdemokratischen Lager die Kluft zwischen den Mitgliedern und der Führung laminenhaft wächst, während dort an Stelle des revolutionären Internationalismus stärkste chauvinistische Heke betrieben wird, während in allen genuerkschaftlichen Parteien der Gegensatz zwischen der Jugend und den Erwachsenen dieser Parteien ständig zunimmt, war die Plenartagung des KJVD. ein Ausdruck unerschütterlicher Verbundenheit und unüberbrücklicher Treue zur KPD. unter Führung des Genossen Thälmann, zur kommunistischen Jugendinternationale, zum millionenstarken leninistischen KJVD. der Sowjetunion. Partei und Jugendverband müssen nun in praktischer Durchführung der von der Reichsparteikonferenz und der Plenartagung des KJVD. gefassten Beschlüsse im Feuer des Tageskampfes die Millionenmassen der unterdrückten Jugend gewinnen für die Einheitsfrontaktion des gesamten Proletariats, für den revolutionären Ausweg aus der Krise, für den Sozialismus!

Hitler verkauft seine 11 Millionen Wähler

und verpflichtet sich zur Aufrechterhaltung der Pappen-Notverordnung und Tributpolitik

In Hugenbergs „Volkzeitung“ (20. November) bejähigt sich Friedrich Hugenberg mit der tags zuvor stattgefundenen Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler, und glaubt, feststellen zu können, daß Hitler den Standpunkt, den er am 13. August eingenommen hat: „Alle Macht den Nationalsozialisten!“ am 19. November vollkommen preisgegeben hat. Die Informationen Hugenbergs stammen offenbar aus der Reichskanzlei selbst. Sie werden bestätigt durch eine aufsehenerregende Meldung des „Hannoverschen Kuriers“ vom 20. November.

Der deutschnationalistische „Hannoversche Kurier“ berichtet offenbar auf einer Quelle, die dem Reichspräsidenten sehr nahe steht, daß Hindenburg Hitler 8 Punkte vorgelegt habe, auf die sich Hitler verpflichtet hat, wenn sich die Nazis an der kommenden Regierung beteiligen wollen. Die wichtigsten dieser 8 Punkte wollen wir nachfolgend im Wortlaut aus dem „Hannoverschen Kurier“ abdrucken:

„Hindenburgs 8 Punkte“:

1. Anerkennung der wirtschaftlichen Verordnungen des Reichspräsidenten vom Juni und September mit der Begründung und dem Ziel, daß durch etwa anders geartete Pläne nicht neuer Wirtschaft in die deutsche Volkswirtschaft ... gebracht werde.
2. Anerkennung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten geschaffenen neuen Verhältnisse in Preußen.
3. Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik mit der besonderen Betonung, daß gerade die augenblickliche Zeit durch eine beharrliche und kluge Politik eine günstige Entwicklung unserer außenpolitischen Beziehungen besonders auf dem Gebiete der Wehrhoheit erreicht habe.
4. Unveränderte Beibehaltung der Weisungsjüge auch einer neuen Regierung als eines Präsidialkabinetts, wobei Wert darauf gelegt wird, daß sich dieses nach wie vor vom Parlament abhänge, dafür aber härter als in früheren Zeiten in dem Bewußtsein des Volkes verankert sei.

Diese 8 Punkte Hindenburgs enthalten die klare Festlegung Hitlers auf die Weiterführung des Pappen-Kurses. Insbesondere wird Hitler verpflichtet, auf die Aufrechterhaltung der Notverordnung vom Juni gegen die Arbeitslosen, die Sozialrennen, Inwaliden und Kriegsbeschädigten, ferner auf die Aufrechterhaltung der Notverordnung vom September, d. h. auf die Durchführung des Lohnabbaus und der Arbeitsdienstpflicht für das Kapital!

Wie haben doch die Nationalsozialisten vor der Reichstagswahl sich Hitler als Helfer nach der Beilegung der Notverordnung vom 4. und 5. September. Jetzt aber wollen sie die Verpflichtung übernehmen, diese Notverordnung ausreißt zu erhalten! Am 13. September haben die Nationalsozialisten in jener denkwürdigen Reichstagsdebatte dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni und vom September zugestimmt. Jetzt aber verpflichtet sie sich auf die Durchführung derselben Notverordnungen, für deren Beilegung sie stimmten!

Für die Massen der wertvollen Naziwähler wirkt die Veröffentlichung des „Hannoverschen Kuriers“ über Hindenburgs 8 Punkte im höchsten Maße alarmierend. Jetzt sehen die wertvollen Anhänger der KPD. ein, wie recht wir Kommunisten hatten, als wir ihnen vorzusagten, daß nach der Reichstagswahl die Naziführung sie mit Haut und Haaren an die Ausbeuterklasse verkaufen würde!

Besonders wollen wir noch auf den 4. der acht Punkte hinweisen: die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik. Damit übernimmt Hitler die Verpflichtung Pappens, auf den Tributvertrag von Lausanne. Auch dies muß für die Naziwähler ein Alarmzeichen sein. Denn sie haben doch geglaubt, was ihnen die Naziführer in Reden und Zeitungsartikeln versicherten, daß die KPD. den Tributvertrag von Lausanne ablehnen werde. Sie haben doch „Bravo!“ geschrien, als Hitler nach Schluß der Lausanner Konferenz erklärte, daß die drei Mitglieder neuer Tributverpflichtungen keinen Taler wert sein würden. Jetzt aber erleben die Naziwähler, was wir Kommunisten vorausgesagt haben: Hitler als Säule der Tributverpflichtung, als Säule des Versailler Systems.

Hitler und seine Kumpane sind bereit, die 11 Millionen Naziwähler, die am 6. November noch für die KPD. gestimmt haben, an die deutsche Ausbeuterklasse und an die ausländischen Tributmächte zu verraten und zu verkaufen! Ein Sturm der Empörung in den Reihen der wertvollen Naziwähler muß die Folge sein.

Klassenbewußte Arbeiter, Antifaschisten, jetzt vorwärts zur härtesten ideologischen Offensive gegen die nationalsozialistischen Salaten des Kapitals. Tragt Aufklärung in die Massen der wertvollen Hitler-

wähler, diskutiert mit ihnen, bringt sie zu der klaren Erkenntnis, daß nur in der roten Einheitsfront das arbeitende Volk Deutschlands seine Interessen verteidigen kann.

In Stadt und Land, in den Betrieben und an den Stempelstellen, macht Sturm gegen die Hitlerpartei! Nieder mit Hitler und der KPD. Es lebe die rote antifaschistische Einheitsfront-Aktion!

Breslauer Arbeiter demonstrieren gegen Chemnitzer Todesurteil

Breslau, 22. November. Wie uns berichtet wird, fanden am Sonnabend im Zentrum der Stadt, sowie in verschiedenen Stadtteilen Zusammenballungen von Arbeitern statt, welche in Sprechzügen die Aufhebung des Todesurteils und die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen forderten. Als die Polizei erschien, waren die Kundgebungen bereits beendet.

Inzwischen werden immer mehr und mehr Protesttelegramme an das sächsische Justizministerium Dresden gesandt, worin die Aufhebung des Todesurteils an einem Unschuldigen verlangt wird. Vom KPD-Kartell wurde ebenfalls eine Protestresolution an das sächsische Ministerium gesandt.

Hitler schwört jede Streikbeteiligung ab

Die „Berliner Volkszeitung“ vom 20. November berichtet über die Unterredung Hindenburgs mit Hitler, daß der Reichspräsident Hitler die Frage vorgelegt habe, wie er zu den Terrorakten stehe, mit denen sich jetzt die Gerichte beschäftigen. Hitler war jedoch auf diese detaillierte Frage vorbereitet und antwortete, daß die Partei damit nichts zu tun habe, sondern daß es Ausschreitungen einzelner Unterführer seien. Hindenburg, der sich jedoch besser informiert gezeigt habe, habe darauf von Hitler bestimmte Garantien gefordert, daß sich solche Dinge nicht wiederholen dürften.

Von größter Wichtigkeit war die Erklärung Hitlers zu der zweiten Frage Hindenburgs. Der Reichspräsident wies auf die Beteiligung der Nazis am BSB-Streit hin und fragte, wie sich die Partei in ähnlichen Fällen verhalten werde, falls nationalsozialistische Minister in der Regierung säßen. Hitler erklärte dazu, daß die Münchener Parteileitung das Vorgehen der Berliner Gauleitung nicht gebilligt und den sofortigen Abbruch des Streiks angeordnet habe. In Zukunft werde es nicht mehr zu einer solchen Beteiligung an Streiks kommen.

Diese Erklärungen Hitlers werden bei den Berliner Nazi-Proleten und darüber hinaus bei den Arbeitermassen des ganzen Reiches berechtigtes Aufsehen erregen. Sie bestätigen hundertprozentig, was wir bereits über die Streikdracherrolle der KPD. im BSB-Streit geschrieben, und zeigen den Arbeitern, was sie von einer Nazi-Regierung zu erwarten haben.

Börjenvölfe für Hitler

Vor den wertvollen Massen spielen sich die Naziführer gern als die Feinde der Börjenspekulanten und Falschschneider auf. Was in Wirklichkeit die Börjenvölfe von den Nazis halten, das verrät der

Soll die Vollstreckung des Todesurteils verhindert werden, dann muß sich der Protest in den nächsten Tagen steigern. Denkt an den Mord von Sacco und Vanzetti, verhindert ein neues Todesurteil! Kämpft mit der roten Hilfe gegen Klassenjustiz und Polizeiterror!

Köln, 22. November. (Eig. Drahtber.) Am Sonnabend fanden in allen Stadtteilen Kölns Demonstrationen der Arbeitererschaft gegen das Chemnitzer Todesurteil statt. Sowohl in Mülheim als auch in Köln-Mitte und in Köln-Süd brachte die Arbeitererschaft Protesttrübe aus.

Berlin, 22. November. (Eig. Drahtber.) Kurz nach 7 Uhr kam es gestern an der Ecke Rad- und Berkestraße in Moabit zu einer Demonstration, an der sich etwa 250 Jungarbeiter beteiligten. Es wurden Rufe gegen das Chemnitzer Todesurteil gemacht, ebenso gegen die Hitler-Diktatur. Kurz vor Erscheinen der Polizei wurde die Demonstration, die 5 Minuten dauerte, aufgelöst. Niemand wurde verhaftet.

In Spandau fand am Montag gegen 6 Uhr abends eine Demonstration statt. Sprechchor-Rufe forderten die Arbeiter auf, sich gegen Hunger und Brot zusammenzuschließen und gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Die Polizei kam erst, als die Demonstration zu Ende war.

Nach bürgerlichen Meldungen kam es gestern abend in der Weihenstepfstraße anlässlich einer Ermittlung zu einer Demonstration.

„Berliner Börsen-Courier“ (20. 11.), der unbedingt fordert, daß die Nazis an der Regierung beteiligt würden. Er schreibt:

„Wer nicht weiter mit inhaltsleeren Konstruktionen und mit Experimenten arbeiten will, die sich in den Rahmen der Verfassung kaum einfügen lassen, muß das Zustandekommen einer Duldungs- und Ermächtigungsmehrheit im Reichstag und die besonders wichtige Arbeit der Reichstagsausschüsse mitschneiden. Man muß gerade den besonderen Aufbau und Charakter der Nationalsozialistischen Partei berücksichtigen, deren Einbeziehung in die Verantwortung schon längst geboten war.“

Die Börjenvölfe schreien nach der Hitler-Regierung. Das zeigt den arbeitenden Massen, daß sie alles mobilisieren müssen, um eine solche nationalsozialistische Regierung des Ausbeutertums zu verhindern.

Neue Streiks gegen Lohnabbau

In Groß-Ditheim im Bezirk Frankfurt a. M. sind unter Führung der KPD. 110-120 Holzarbeiter gegen Lohnabbau in den Streik getreten.

In Kamenz (Sachsen) konnte der Streik der Steinarbeiter nach kurzer Dauer mit vollem Erfolg abgeschlossen werden.

Der Streik der Edelstein-Schleifer in Oberstein-Zbad endete nach 11tägiger Dauer mit dem Sieg der Streikenden. Sie konnten, obwohl die Naziführer den Streikbruch organisierten, den Lohnabbau abwehren. Vor einigen Monaten hatten sich die Edelstein-Schleifer eine beträchtliche Lohnhöhung erkämpft, die ihnen die Unternehmer wieder abnehmen wollten.

Schlesische Eisenbahner gegen Chemnitzer Terrorurteil

an sächsisches Justizministerium

eisenbahner schlesiens erheben schärfsten protest gegen todesurteil bartel, fordern freilassung

rgo. industriegruppe eisenbahn

Weltfinanz hofft auf „nationale Konzentration“

Das internationale Finanzkapital sieht in Hitler den Ketter der Tribute und Profite

Es ist sehr interessant zu beobachten, wie die Presse des internationalen Finanzkapitals zur Frage der Regierungsbildung in Deutschland Stellung nimmt. Sowohl in der französischen wie in der englischen, italienischen und polnischen Presse kommt durchweg die Hoffnung zum Ausdruck, daß es der deutschen Bourgeoisie gelingen möge, die faschistische nationale Konzentration mit Einbeziehung der Nazis zu bilden. Soweit die großen bürgerlichen Zeitungen des Auslandes nicht bereits in eigenen Kommentaren zur Regierungsbildung in Deutschland Stellung genommen haben, kommt diese Hoffnung auch in der Art der Berichterstattung deutlich zum Ausdruck. Die „Petit Parisien“, ein Blatt, das stets mit Nachdruck die französischen Tributforderungen an Deutschland vertreten hat und vertritt, erklärt, die Bildung einer nationalen Konzentration sei ein „Ereignis von großer Bedeutung für die Zukunft“. Der „Matin“ begrüßt es, wenn Hitler zur Regierung herangezogen werde und nennt die nationale Konzentration den einzigen Ausweg aus der „verworrenen Lage“.

Das „Journal des Nation“, ein Völkerverbandsorgan, das unter französischer und polnischer Beeinflussung steht, beilegte sich, sofort mitzuteilen, daß eine Hinzuziehung Hitlers zur Regierung wahrhaftig und notwendig sei.

Ähnlich steht es mit der Presse des englischen Finanzkapitals. Die „Evening News“, ein konservatives Blatt der Börsenjobber, meint, es komme bei der Bildung der nationalen Konzentration darauf an, daß Hindenburg für das Amt des Reichsfanzlers einen Mann finde, der nach außen hin neutral erscheint. Die „Times“ hat noch nicht ausführlich zur Regierungsbildung Stellung genommen, aber auch sie bringt in ihren kurzen Kommentaren zum Ausdruck, es sei wünschenswert, die Nationalsozialisten zur Regierung heranzuziehen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kann deshalb erklären, daß die englische Presse es begrüße, wenn die Bildung einer nationalen Konzentration in Deutschland gellingt.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt in ihren Kommentaren zum Ausdruck, es sei wünschenswert, „den Weg dem Reichspräsidenten völlig freizumachen, damit er als Führer der Nation die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeizuführen vermag“.

Das „Giornale d'Italia“, das führende Blatt des italienischen Finanzkapitals schreibt: „Die nationale Konzentration kann nie Dauer haben ohne die Nationalsozialisten.“

Diese Stellungnahme der kapitalistischen Presse des Auslandes zeigt klar und eindeutig, daß die imperialistischen Tributgläubiger, daß das internationale Finanzkapital die nationale Konzentration mit Einbeziehung der Nazis begrüßt. Warum jubeln die Börsenjobber, die Versailler Mächte einer nationalen Konzentration zu? Weil sie darin die Garantie für die Rettung ihrer Tributansprüche und ihrer Profite erblicken. Nicht umsonst hat Straßer ausdrücklich betont, daß

die Nazis alle Tributverpflichtungen auf Heller und Pfennig bezahlen wollen.

Nicht umsonst hat Reventlow versichert, daß die Nazis keine Annullierung des Versailler Vertrages verlangen. Nicht umsonst hat Rosenberg sich auf dem faschistischen Europa-Kongreß in Rom erneut den dort anwesenden Vertretern des internationalen Finanzkapitals als Bollwerk gegen den Bolschewismus empfohlen.

„Der Bolschewismus droht“, so schreibt entsetzt das Pack der internationalen Ausbeuter. Hitler soll ihre Ausbeuterherrschaft retten. Mit seiner Hilfe soll die Tributneuschicht des deutschen werktätigen Volkes weiter aufrechterhalten bleiben, das ist der Sinn der Kommentare der kapitalistischen Presse des Auslandes.

Das werktätige deutsche Volk, das unter den Fahnen des Kommunismus den Kampf für seine nationale und soziale Befreiung führt, wird die Hoffnungen des internationalen Finanzkapitals, ihre Ausbeuterherrschaft mit Hilfe ihrer nationalsozialistischen

Agenten erhalten zu können, schwer enttäuschen. Wenn die nationale Konzentration und die Nazis die Hoffnung der Finanzhaganden sind, so ist der Kommunismus die Hoffnung der Millionenmassen des werktätigen deutschen Volkes. Unter seinen Fahnen wird es vorwärts stürmen und aller Tributneuschicht und kapitalistischen Ausbeutung ein Ende bereiten.

Nazis Arm in Arm mit den Vertretern des Versailler Systems

Rom, 21. November. Die nationalsozialistischen Abgeordneten zum faschistischen Europakongreß in Rom befinden sich nicht nur in Gesellschaft des Stahlhelmführers Seldte, des jüdischen

Bankiers Mendelssohn-Bartholdy und des Demokraten Hellpach, sondern, wie jetzt bekannt wird, nimmt an der Tagung auch der französische Senator Berenger teil, der als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im französischen Senat einer der Haupteinpeitscher des Versailler Systems ist. Seite an Seite mit den Vertretern des Versailler Systems, das charakterisiert zur Genüge den schändlichen nationalen Verrat der Hitlerpartei.

Im übrigen betonte der genannte Berenger, daß er auf Grund seiner Verhandlungen mit Italien ein Übereinkommen zwischen Frankreich und Italien für wahrscheinlich halte.

Auf dem Bauch vor dem englischen Kapital

Nazi-Rosenberg preist sich als Ketter vor dem Bolschewismus an

Rom, 21. November. Auf dem faschistischen Europa-Kongreß in Rom hielt der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Alfred Rosenberg eine Rede, in der er die Nazis den dort anwesenden Vertretern des internationalen Finanzkapitals als Bollwerk gegen den Bolschewismus anpries. Er erklärte u. a.: „Die bolschewistische Gefahr wächst zu einem furchtbaren Ansturm heran. So beherrscht der Bolschewismus nicht nur den letzten Teil der Erde, sondern hat bereits überall auf dem europäischen Kontinent seine Zentren.“ Sodann klagte Rosenberg darüber, daß „der Bolschewismus drauf und dran ist, die Misslingsvölker am indischen Ozean und das schwarze Afrika gegen Europa zu empören“.

Die nationale Befreiungsbewegung der Kolonialvölker gegen ihre imperialistischen Unterdrücker schmerzt den Herrn Rosenberg außerordentlich. Er ist genau wie MacDonald der Meinung, daß man eine solche nationale Befreiungsbewegung der Kolonialvölker im Blute erstickend müsse. Gleichzeitig läßt er die Gelegenheit nicht vorübergehen, einen tiefen Büdning vor dem englischen Finanzkapital zu machen, indem er erklärt:

„Hieraus ergibt sich die große europäische Mission des britischen Weltreiches, das heute nicht nur sein Imperium verteidigt, sondern eine europäische Mission zu erfüllen hat.“

Hat sich also Rosenberg bereits in Rom als dienstfertiger Lakai des englischen und italienischen Finanzkapitals angepriesen, so nimmt es nicht weiter wunder, daß der „Völkische Beobachter“ über die Rede des englischen Außenministers im Büro der Abfertigungskonferenz in wahres Entzücken ausbricht. Mit frecher Stirn belügt der „Völkische Beobachter“ seine Leser, indem er schreibt: „Zweifellos bedeuten die heutigen Ausführungen des Leiters der englischen Außenpolitik einen außerordentlichen Fortschritt und für Deutschland einen Akt von historischer Tragweite“, um dann zu betonen: „Der englische Außenminister schafft durch seine Genfer Rede die Voraussetzungen für eine Rückkehr Deutschlands zur Konferenz.“

Der englische Vorschlag, der ausdrücklich betont, daß der Versailler Vertrag bindend sei, wird also von den Nationalsozialisten bejubelt, womit diese noch einmal bekräftigen, daß sie treue Knechte des Versailler Systems sind.

Diese Tatsachen müssen den Naziproleten erneut zeigen, daß man den Kampf für die nationale Befreiung nicht in den Reihen des Faschismus, sondern nur im engsten Bündnis mit den Arbeitern der anderen Länder unter den Fahnen des Kommunismus führen kann.

Berschrärfter Kampf gegen Bürokratismus

Moskau, 21. November. Eine neue Verordnung der Sowjetregierung beschäftigt sich mit dem Kampf gegen den Bürokratismus. Zahlreiche Beamte in den Institutionen der Sowjetwirtschaft und auch bei den Volkskommissariaten werden abgebaut, um an anderen Stellen zweckmäßige Verwendung zu finden. Die Verordnung bestimmt, daß die Arbeiter- und Bauerninspektion bei allen Institutionen besondere Kommissionen schafft, die den Kampf gegen den Bürokratismus aufnehmen. Die Beamten, die abgebaut werden, werden unmittelbar ohne Verlust auch nur eines einzigen Arbeitstages, in andere Arbeiten überführt, taufende von ihnen werden aufs Land kommen, um dort in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften mitzuarbeiten. Ein anderer Teil, der nicht genügende Qualifikation zur Uebernahme anderer

wichtiger Arbeiten besitzt, wird sich erst einer Ausbildung unterziehen müssen.

Auch diese Verordnung der Sowjetregierung ist von großer Bedeutung für den sozialistischen Aufbau. Der proletarische Staat führt den härtesten Kampf gegen den Bürokratismus, der sich in die Sowjetinstitutionen einzuschleichen versucht und dem Klassengegner nutzt. Welch ein gewaltiger Unterschied auch auf diesem Gebiet zwischen der Sowjetmacht und den kapitalistischen Staaten! Während in den kapitalistischen Staaten der Bürokratismus eine unentbehrliche Stütze der herrschenden kapitalistischen Klasse ist, führt die proletarische Macht mit Unterstützung der breitesten Arbeiter- und Bauernmassen einen ständigen und zähen Kampf um die Ueberwindung aller bürokratischen Erscheinungen, die sich in Folge des zartistischen Erbes der Rückständigkeit einstellen. Wenn in den kapitalistischen Staaten Beamte abgebaut werden, so handelt es sich um die unteren proletarischen Beamten, die der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Im Sowjetstaat aber werden die Angelegten an jenen Stellen eingesetzt, wo ihre Arbeit für den sozialistischen Aufbau notwendig ist.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

43. Fortsetzung.

Ohne mir Rechenschaft zu geben, was das bedeutet, sah ich mich um. Ich erblickte einen großgewachsenen, ungefähr vierzig Jahre alten Mann vor mir. Ich sah in ein stumpfes, graulames, hartes Gesicht.

„Was soll das heißen? Warum packen Sie mich?“ schrie ich und versuchte mich loszureißen. „Was für ein Recht haben Sie dazu?“

„Was für ein Recht?“ erwiderte mir der Mann mit scharfer Stimme. „Das wird Ihnen die Gendarmerie in Zekaterinosslaw erzählen. Ich werde Sie dort sofort den Gendarmen übergeben, dort werden Sie schon alles erfahren!“

„Was geht's dich an? Was willst du von ihm? Laß ihn doch reden! Er hat gut geredet!“ schrien die Arbeiter durcheinander.

„Habt ihr den Bestand verloren?“ erwiderte der Mann, der mich festhielt. „Welleicht ist er ein japanischer Spion oder ein Spionist. Der eine wie der andere ist unser innerer Feind“. Das mußten wir, als Keresowisten, alle wissen. Nicht dazu habe ich treu und eifrig dem Zaren gedient, um so einen Kerl lügen zu lassen wie einen Hund...“

„Wir sind alle Keresowisten und fahren an die Front. Was haben Sie hier alles erzählt? Ich wollte meinen Ehren nicht trauen, als ich Ihnen zuhörte“, sagte er, sich zu mir wendend.

Das ist es also! Jetzt wird mir alles klar. Das sind Keresowisten, die an die Front fahren. Und der Mann ist ein gewesener Polajst. Meine Sache steht schlecht!

Wie ein Blitz ging's durch meinen Kopf, daß meine Taschen vollgepackt sind mit Material für Soldatenproklamationen, daß sie voll sind mit illegaler Literatur. Werde ich jetzt verhaftet, so gelangen der Gendarmerie alle Beweise zur Anlage wegen Pro-

paganda unter den Soldaten in die Hände. In Kriegszeiten genügt es, um mich zur Zwangsarbeit verurteilen zu können!

Ich verstummte, bemüht, einen Ausweg aus dieser bösen Lage zu finden. Auch der Polizist schwieg und hielt mich fest am Arm. Auf seinem stumpfen Gesicht sah ich die Vorfreude über den Genuß, den er bei meiner Auslieferung der Behörde beim Dank seiner Obrigkeit für die Auslieferung eines Revolutionärs empfinden wird.

Der Zug hatte inzwischen die Zekaterinosslawer Brücke passiert und näherte sich flitzend und dröhnend der Stadt. Aus den vorderen Waggons ertönte ein lautes „Hurra!“ Die Keresowisten begrüßten Zekaterinosslaw.

„Hurra! Hurra Zekaterinosslaw!“ tönten Schreie zu uns. „Hurra! Hurra! Hurra!“ schrien auch die Keresowisten in unserem Waggon.

Ich verluhte schon die ganze Zeit, die Waggontür mit dem Fuß zu öffnen. Der Polizist aber schloß sie immer wieder.

„Nach die Tür auf!“ schrien die Keresowisten und stießen ihn von der Tür weg.

Bahnhofgebäude, denen der Perron folgen sollte, stimmerten an mir vorbei. Der letzte, entscheidende Augenblick näherte sich.

Mit der freien Hand tastete ich in der Tasche nach der Zekaterinosslawer Zeitung. Ohne lange nachzudenken, beschloß ich, sie als letztes Hilfsmittel zu benutzen.

„Nehmen Sie mal die Zeitung“, sagte ich dem Polizisten und streckte ihm die Zeitung in die Hand. „Hier steht gerade das, worüber ich früher gesprochen habe.“

Ich nickte den Augenblick aus, in dem er für eine Sekunde meinen Arm befreite, riß mich los und sprang, während der Zug noch in Bewegung war, aus dem Waggon. Alles kreiste vor meinen Augen. Ich schlug einen Purzelbaum in der Luft, fiel gegen einen eisernen Pfahl auf den ich das Dach über dem Perron rührte, und streckte mich der Länge nach auf dem steinernen Pflaster aus. Der Zug blieb stehen. Ich erhob mich rasch und rannte, trotz meiner Verletzungen, die ich mir beim Abpringen zugezogen hatte, und trotzdem mir alles weht tat, zum Ausgang. Über nicht zum Hauptausgang, vor dem ein Gendarm stand, sondern zum Nebenausgang, zu einer kleinen Pforte, durch die ich schon öfter, wenn ich mich beobachtet fühlte, verschwinden war. Beim Aufstehen und Davonlaufen hörte ich, wie der Polizist, der es nicht wagte, mir aus dem Waggon nachzupringen, den Gendarmen zuhrüllte:

„Haltet ihn! Haltet ihn!“

Die Gendarmen hielten aber ganz gleichgültig da, und die Schreie des Polizisten extranken in den Ruf der Keresowisten.

„Zekaterinosslaw! Hoch Zekaterinosslaw!“ brüllten sie noch immer und sprangen auf den Perron.

Ich zwängte mich durch die Masse. Der Polizist hatte mich aus den Augen verloren. Es war ebenso schwer, mich in dieser Masse zu finden, wie es schwer ist, einen bestimmten Fisch im Wasser zu erkennen. Ich bemühte mich, so rasch es nur ging, die kleine Pforte zu erreichen. Ich hatte Angst, daß sie geschlossen sein werde. Zum Glück stand sie offen. Ich atmete erleichtert auf, als ich sie passiert hatte. Dann verlangsamte ich meine Schritte. Trotz des Frostes war ich mit Schweiß bedeckt. Mein Herz klopfte heftig. Alle Stellen meines Körpers, die ich beim Fallen angeschlagen hatte, begannen mir weh zu tun. Ich wollte gar nicht glauben, daß es mir gelungen war, der Verhaftung zu entfliehen, und sah mich einige Male um.

„Nein, die Gefahr ist vorbei, das unterliegt keinem Zweifel. Ich werde nicht verfolgt“, dachte ich. Ich atmete aber erst auf, als ich schon ziemlich weit vom Bahnhof entfernt war.

Hausdurchung

Als ich nach Hause kam in das kleine Zimmerchen, das ich zusammen mit einem Eisenbahnbeamten, einem Büroangestellten, Mitglied unserer Partei, gemietet hatte, waren das ganze Haus, die Hauswirte und mein Freund schon in tiefen Schlaf versunken. Mein Zimmergenosse schnarchte, in seinen Mantel eingewickelt, der ihm als Decke diente. Auch aus dem Zimmer der Hauswirte ertönte Schnarchen. Ich suchte im Zimmer nach, überzeugte mich, daß die illegale Literatur schon von meinem Freund im Hof versteckt worden war und trug meine Literatur ebenfalls hin, da die Spuren dort sofort durch den Schnee verschüttet würden, breitete eine Filzdecke, die ich von der Hausfrau statt eines Federbettes bekommen hatte, aus, löschte die Lampe, deckte mich, wie mein Freund, mit dem Mantel zu und versank sofort in einen tiefen Schlaf. Es dämmerte schon. Im Schlaf hörte ich, wie die Hähne krächten.

Ein plötzliches Klopfen an der Tür zwang mich, von meinem Lager aufzuspringen. Ich war kaum zu mir gekommen, als eine Horde von Polizisten, geführt von einem Polizeiwachtmeister, in unser Zimmer stürzte. Die Polizisten durchsuchten meine Taschen und die Taschen meines Freundes, durchsuchten die ganze Wohnung, durchwühlten unser Zimmer.

(Fortsetzung folgt)

„Wir läuten die Sturmglocken!“

Genosse Thälmanns Kampf für das Massenheer der hungernden Erwerbslosen

Berlin, 21. November 1932. Der Führer unserer Partei, der Genosse Ernst Thälmann, nahm auf dem gestrigen Bezirksparteitag der SPD., von minutenlangem Beifall, von donnernden Rot-Front-Rufen begrüßt, das Wort zum Kampfpappell des Reichserwerbslosenausschusses und des Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion. Genosse Thälmann führte u. a. aus:

Unsere gesamte Partei hat die gewaltige Aufgabe zu lösen, an der Spitze von 9 Millionen Erwerbslosen, die mit ihren Familien mehr als ein Viertel der ganzen Nation ausmachen, einen breiten Millionenkampf im bevorstehenden Krisenwinter gegen die Hungersnot zu entfesseln. Dieser Kampf ist nicht nur ein Kampf der Erwerbslosen, sondern ein Kampf auch der Betriebsarbeiter und der gesamten werktätigen Volksmassen. Unsere Partei, als die einzige Arbeiterpartei, ist allein gewillt den Notleidenden in ihrem Kampf zu helfen und sie zu unterstützen.

Die Manöver der Bourgeoisie in der Frage der Arbeitsbeschaffung, die in den letzten zwei bis drei Jahren inszeniert wurden, waren nichts anderes

als trostlose Verdummungsmanöver, um die erwerbslosen Millionenmassen fest in der kapitalistischen Zange zu halten.

Uns, der Kommunistischen Partei, haben 6 Millionen Werktätige bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben. Diese Tatsache erhöht die gewaltige Verantwortung, die die Partei für die die Notleidenden trägt.

Wir Kommunisten stellen unseren Kampf für die Erwerbslosen nicht auf die parlamentarische Basis. Wir stellen die Frage des außerparlamentarischen Kampfes im Rahmen des großen revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse, im Bunde mit allen Werktätigen gegen die Bourgeoisie.

Wir Kommunisten haben die Initiative ergriffen, gemeinsam mit den Erwerbslosen-Ausschüssen und den Antifaschistischen Einheitskomitees eine große Frontaloffensive gegen Hunger und Frost, gegen die Ausplünderungs- und Aushungerungsmethoden der Bourgeoisie einzuleiten.

Wir fordern, daß die verftendenden Lebensmittel-lager, daß die überfüllten Kohlenhalben nicht mehr im Besitze der Kapitalisten verbleiben, sondern, daß sie geöffnet und den hungernden und frierenden Erwerbslosen, daß ihren Familien die Niesenüberschüsse an Brot, Kartoffeln und Kohlen ausgeliefert werden. Wir fordern, daß die Erwerbslosen, die keine Miete mehr zahlen können, in ihren Wohnungen verbleiben ohne Miete zu entrichten. (Beifall.)

9 Millionen Erwerbslose hungern in Deutschland, mehr als 2 Millionen jugendliche Erwerbslose sind ohne Zukunft, ohne Aussicht auf Arbeit und Existenz! Bettlercharakter ziehen über das Land! Allein 600 000 Jugendliche vegetieren als Bagabunden, Halzbrüder, Landstreicher usw. auf den Heerstraßen des Elends. Sogar die Jugendfürsorgestellen werden aufgelöst. Tausende junger Proletarier werden obdachlos, heimatlos, brotlos und zukunftslos in das Land hinaus gejagt. (Psuirufe.) Was schon Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ sagten, erfüllt sich besonders heute bei der Krise des Kapitalismus:

„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von

ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, das heißt, ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“

Papen-Regierung, NSDAP. und SPD. versprachen auch Erwerbslosen einen Konjunkturausschlag, versprachen auch Ein-eichung in den Produktionsprozeß. Die Wirtschaft soll „ange-urbelt“ werden. Man hat das Umgekehrte durchgeführt.

Man hat auch den Konjunkturausschlag des Hungers beschert. Man hat das Elend angelurbelt. Tiefer noch und größer ist die Not der Millionen Hungerleidenden in Deutschland geworden.

Lug und Trug waren die „heiligen“ Versprechungen der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer. Nur die Kommunisten haben den hungernden die Wahrheit gesagt. (Sehr richtig!) Während des Weltkrieges mußten Millionen Arbeiter nicht nur ins Menschen-schlachthaus gehen, mußten sich nicht nur für den Geldsack zer-schneiden, sondern Millionen von Familien mußten hungern. Heute, wo das Grauen eines neuen Krieges durch die Verschär-fung der Krise erneut vor uns steht, wo bei der Zuspitzung der deutsch-französischen, der deutsch-polnischen Gegensätze die Gefahr immer drohender wird,

heute rufen wir Kommunisten die Millionen hungernder Menschen auf zum Kampfe gegen die Besitzenden, gegen die Kriegsverbrecher und ihre sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Helfer.

Wir sagen dem Millionenheer der Verelendeten, denen man das Brot und Salz vom Munde wegsteuert, denen man durch qualende „Bedürftigkeitsprüfungen“ Tag für Tag die Hungerrationen wegnimmt, die man exmittiert, denen man mit fürchtbarem Mietwucher das Leben zur Hölle macht, denen man zu Millionen keinen Pfennig Unterstützung mehr gewährt, allen rufen wir zu:

Nicht verzweifeln, nicht der Gaschlauch, nicht der Strick oder der Wassertod sind der Ausweg eines klassenbewußten Proletariats. Unser Ausweg ist der revolutionäre Ausweg aus der Krise und Not! Ihr Hungernden gehört hinein in unsere Freiheitsarmee zum Kampf gegen die Bourgeoisie und alle ihre Helfershelfer. (Bravo! Großer Beifall.)

Wir läuten die Sturmglocken zum Kampf für die minimalsten Lebens-forderungen der Millionen Notleiden-den in Deutschland.

Wir sagen euch: Nur wenn ihr euch in geschlossener Front, ihr sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und kampfgewillten nationalsozialistischen und parteilosen Proletarier mit euren kommunistischen Leidensgenossen zusammenschließt, nur wenn ihr mutig die Fahne des Kampfes erhebt, nur dann werden wir uns Brot, Kartoffeln und Kohle für unsere Familien, für unsere Jungen und Mädel, Kleider und Milch für unsere hungernden Kinder erkämpfen können. (Sehr richtig!)

Sagt euch und euren Familien die Bourgeoisie: „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“ — so sagen wir euch: Ihr müßt mutig kämpfen gegen das Herrenpaar und seine sozialdemo-kratischen und nationalsozialistischen Knechte, wenn ihr hungrig seid und leben wollt!

Karl Marx hat uns schon gelehrt: „Ein Element des Er-folges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl!“ Und wir sagen, die Erwerbslosen müssen ihre Zahl in die Waagschale werfen, sie müssen erkennen, welche gewaltigen Massen sie mit ihren neun Millionen darstellen, sie müssen Mut, Tapferkeit und Kühnheit

ausbringen, um für ihre Lebensexistenz zu kämpfen. Die erfolg-reiche Durchführung der Streiks in der neuen Streikperiode, die in den letzten Monaten in Deutschland begonnen hat, ist nur möglich im gemeinsamen Kampf der Betriebe mit dem Kampf der Erwerbs-losen. Neun Millionen Menschen sollen nicht mehr bettelnd und bittend vor den Toren der Bourgeoisie stehen, sondern diese Millionen müssen kämpfen, müssen der Bourgeoisie trotzen! Sie müssen in organisiertem Klassenkampf unter unserer Führung mit ihren Erwerbslosenausschüssen der Bourgeoisie ihre große gewaltige Kraft zeigen!

Wir erheben diese Forderungen der Hungernden beim stärk-sten außerparlamentarischen Massenkampf auch am 24. November und am 6. Dezember im Reichstag. Wir werden zur gleichen Zeit im ganzen Lande die Fahne des Kampfes gegen die Bourgeoisie und alle ihre Stützen im Namen von Millionen entrollen!

Wir müssen erkennen, daß jeder Kampf um die Lebensforde-rungen der werktätigen Massen, daß jeder Kampf der erwerbs-losen Massen um die Sicherung der minimalsten Lebensrechte sich im heutigen Stadium der kapitalistischen Krise ausweiten muß zum Kampf um den Sozialismus!

Wir sagen allen Erwerbslosen: Ein Sechstel der Erde gehört uns! Auf einem Sechstel der Erde gibt es keine Krise, gibt es keinen Hunger, gibt es keine Verzweiflung! Keine frierende Kinder, jammernden Familien!

Erst wenn wir den Sozialismus in Deutschland haben,

erst dann werden wir in Deutschland endgültig den Hunger bezwingen, erst dann wird Deutsch-land kein Bleichen- und Totenhaus mehr sein, erst dann werden die Millionen Mäuler unserer tuberkulösen und skrofulösen Kinder satt werden, erst dann werden die Notleidenden und Unterdrückten ein Vaterland haben, ein Vater-land, das uns gehört, erst dann werden sie eine sozialistische Heimat haben. (Bravo-Rufe.)

Wir sagen den Gewerkschaftskollegen, den Klas-senbrüdern in allen Gewerkschaften: Nehmt in allen Gewerkschaftsversammlungen und Mitgliederversammlungen der Massenorganisationen zu unseren Kampfzforderungen Stellung!

Formiert die breite, einheitliche, geschlossene, unzerbrüchliche Kampffront der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen.

Wir rufen von dieser Stelle: Wählt euch Kampf- und Einheitsausschüsse, gründet überall eure Kampforgane, macht die bestehenden Kampf- und Einheitsausschüsse kampffähig für die Interessen der Erwerbslosen und aller Ausgebeuteten.

In diesem Sinne: Vorwärts zur mutigen Offensive gegen Hunger und Frost, für die Öffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalben! — Vorwärts zum Kampf für Arbeit, Brot, für die Freiheit, für den Sieg! (Bravo, großer Beifall.)

Ich schlage dem Bezirksparteitag vor, um die unzerbrüchliche Verbundenheit unserer Partei mit den Millionen Erwerbslosen zu dokumentieren, daß hier ein Kampfpappell zur Abstimmung und Annahme gestellt wird, der der Tagung des Reichserwerbslosenausschusses und des Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion überreicht wird.

Unsere Bruderhand dem SPD.-Arbeiter!

Vertreter von sechs Berliner SPD.-Abteilungen begrüßen unseren Bezirksparteitag

Unter dem brausenden Jubel der Delegierten trat am Sonnabend eine starke Delegation sozialdemo-kratischer Arbeiter aus sechs verschiedenen Berliner SPD.-Abteilungen vor das Forum unseres Bezirkspartei-tages, um im Namen zahlreicher sozialdemokratischer Klassenbrüder die schändliche Streikbruchpolitik der Bankrottene vom 20. Juli anzuprangern und ein flammendes Bekenntnis für die Einheitsfrontaktion aller Werktätigen abzulegen. Mit donnernden Rot-Front-Rufen begeistert begrüßt, immer wieder von fürmlichem Bei-fall unterbrochen, führte der Sprecher dieser Delegation folgendes aus:

Genossen! Die Entrüstung über das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie während des RBB-Streiks hat innerhalb der SPD. weite Kreise der Mitgliedschaft erfasst. Immer mehr kommt dem sozialdemokratischen Arbeiter zum Bewußtsein, daß man heute nichts mehr geben kann auf Schiedsprüche, und auf Schlich-tungsverfahren, sondern daß nur der Weg, den die Belegschaft der RBB. im gemeinsamen Kampf beschritten hat, dem Lohnabbau ein Ende macht und zur Niederwerfung des Faschismus führt. Am 6. November haben zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter bereits die Konsequenz daraus gezogen und nicht sozialdemokratisch, son-derb kommunistisch gewöhnt. Wir führen in unseren Ab-teilungsversammlungen einen hartnäckigen Kampf. Immer und immer wieder versuchen wir, die Diskussionen auf das Ziel des revolutionären Sozialismus zu lenken und unsere Parteigenossen davon zu überzeugen, daß heute nicht mehr der Reformismus aus-tauschbar sein kann, sondern nur der gemeinsame Klassenkampf

im Betrieb und an der Stempelstelle. Wir wenden uns gegen die Koalitionspolitik der SPD., gegen jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. Wir bekennen uns zu dem Wort August Bebel's: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Eure Lösung, Arbeiter- und Bauernschaft, das ist auch unsere Lösung. Deshalb bekennen wir uns zur Sowjetunion und reihen uns ein in die Kampfarmee für ein freies sozialistisches Deutschland.

Wir oppositionellen SPD.-Arbeiter appellieren an unsere kommunistischen Klassenossen, mit noch viel größerem Eifer an die Bearbeitung der sozialdemokratischen Parteimitglieder heranzugehen. Ihr müßt mehr als bisher unsere Abteilungs-versammlungen besuchen. Ihr müßt mit jedem einzelnen sozial-demokratischen Arbeiter sprechen und wenn es euch auch manchen freien Abend kostet. Wenn wir so zusammenarbeiten, dann sind wir überzeugt, daß sehr bald alle Arbeiter erkennen werden, daß

die kämpfende Einheitsfront unser einziger Ausweg ist und daß sie in die Reihen der einzigen anti-faschistischen Partei, die SPD., gehören.

Ich schließe mit eurem Kampfruf, der auch unser Ruf ist, mit einem kräftigen Rot Front! (Stürmischer Beifall.)

Unhaltbar Nazi-Regierung verfährt 12½ Proz. Gehaltsabbau

Die Naziregierung in Anhalt hat beschlossen, eine 12½pro-zentige Gehaltskürzung bei den Beamten vorzunehmen. Die Re-gierung hat die Beamtenverbände vor die Entscheidung gestellt, entweder eine Gehaltskürzung hinzunehmen oder sich mit der Ein-führung des sogenannten Notlohnsystems abzufinden. Das ist ein System, wobei in acht Monaten die Einsparung eines Monats-gehalts erfolgen soll. Mit dieser Methode kürzt man den Beamten das Gehalt um 12½ Prozent.

In den Ländern, wo die Nazis regieren oder mit den Hugen-bergern in einer Koalition sitzen, werden die Notverordnungen der Papen-Regierung bis zum Letzten durchgeführt. Da nimmt man in Thüringen den Wohlfahrtserwerbslosen die letzten Bettel-pfennige; da belästet man das Handwerk und den Mittelstand mit tiefen Steuern in Oldenburg; da kürzt man die Löhne und Ge-hälter in Braunschweig, in Anhalt, in Thüringen; da führt man eine Maßnahme nach der anderen durch, die die Reichen schützt und die Armen noch ärmer macht. Jetzt will Hitler selbst in die Reichsregierung, um für die Interessen des Finanzkapitals, der Börsejobber und Großagrarier neue Feilschereien gegen das arbeitende Volk auszuteilen. Werktätige der NSDAP. macht Schluß mit den Gehaltskürzungen an den unteren Beamten, mit den Ministeranwärtigen des Systems, mit den Hitler und Goebbels!

Ausschneiden!

Sofort an alle SPD.-Arbeiter weitergeben!

Bedeutungsvolle Geständnisse in der SPD.-Vorstandskonferenz

Berliner SPD.-Führer bekennen sich zum Verrat am Verkehrsarbeiterstreik — Enthüllungen über Schleicher — Tumulte gegen die Verräter und Kapitulanten vom 20. Juli — SPD.-Arbeiter, zer Schneidet das Tuch zwischen euch und den Verrätern!

Am Donnerstag, dem 17. November, abends, fand in den Sophienkassen eine Konferenz der sozialdemokratischen Abteilungsleiter von Groß-Berlin zum Thema Verkehrsstreik statt. Der Bericht, den der „Vorwärts“ darüber brachte, war dabei entstellend und verlogen, daß von mehreren Seiten sozialdemokratische Arbeiter an uns herantraten und uns mit dem wahren Verlauf dieser Konferenz bekanntmachten. Es stellte sich heraus, daß Mut und Zorn der Mitgliedschaft derartige Willen schlagen, daß sogar die Abteilungsleiter gezwungen waren, sich mit scharfer Kritik und geschmetternden Vorwürfen gegen ihre Führung zu wenden.

Vor allem aber sind es die zynischen Geständnisse der Parteileitung und Gewerkschaftsführung, die ebenso festgehalten zu werden verdienen, wie die Feststellungen der Disziplinarexperten, daß der Streik nicht, wie der „Vorwärts“ behauptet, ein parteitaktisches Manöver der SPD. war und daß, wenn nicht jeder Funke proletarischen Gefühls in der sozialdemokratischen Führung längst erloschen wäre, sie nicht diesen in der Geschichte beispiellos dastehenden Verrat hätte verüben können.

Nach einem kurzen Vorgesicht, in dem der Antrag der 68. Abteilung auf Diskussion über die politische Linie der Partei von Pöhlke mit der famosen Begründung abgelehnt wurde, daß man sich noch nicht festlegen könne, sondern abwarten müsse, referierte der zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schaum, über den BWG-Streik:

Die Notverordnung Papens hand uns die Hände. Der Bundesvorstand erklärte sich außerstande, dagegen vorzugehen. Inzwischen war in Havellands Festhalten der Streik proklamiert. Am Donnerstag fuhr man wider Erwarten keine Bahnen, obwohl genug arbeitsbereite Leute da waren (3 wischen 7 und 8 Uhr früh genug!). Der Streik war nicht von der BWG. gemacht, sondern von den politischen Parteien als Wahlmanöver.

Wir konnten uns nicht beteiligen, da wir als Gewerkschaften an geschäftliche Dinge gebunden sind (Sehr laute und anhaltende „Aha“-Rufe).

Nun erklärte sich die Müllabfuhr solidarisch und es bestand die Gefahr (!), daß die Gasgesellschaft sich anschließen würde und dann die Gefahr eines allgemeinen Streiks ausgerufen wäre. Dann würden unsere Arbeiter in den städtischen Betrieben nicht mehr zu halten gewesen sein.

An dieser Stelle kam es zu lauten Zwischenrufen: „Aha, ein allgemeiner Streik war also doch möglich! Ihr habt es doch immer abgefrickelt!“

Schaum, fortzufahren: Der „Vorwärts“ hat immer so effektiv und ziemlich genau berichtet.

Schaum kann vorerst nicht mehr weiterprechen, ein solcher Heiterkeitssturm bricht aus. In der Diskussion spricht der

Vorsitzende der Berliner Sozialistischen Arbeiterjugend, Erich Schmidt:

„Nur durch außerparlamentarischen Kampf können wir die parlamentarische Schwäche beseitigen. Aber die Gewerkschaften hatten gar keine Ueberblick über die Stimmung der BWG.-Belegschaft.“

Da bringt der „Vorwärts“ doch diesen unglaublichen, empörenden Bericht,

in der Direktion rechne man nicht mit Streik. Was kümmert ein Arbeiterblatt, womit die Direktion rechnet?

Der Gesamtverband hatte die Verpflichtung, zum Streik aufzurufen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, über die Berechtigung des Streiks zu diskutieren und, wie der „Vorwärts“, zu erklären, daß andere Arbeiter noch weniger verdienen. Es muß endlich Schluß sein mit dem Lohnabbau.

Wenn die Direktion gesehen hätte, daß die Gewerkschaften es mit dem Streik und seiner Ausdehnung ernst meinen, dann hätte sie gewiß nachgegeben. Die Gewerkschaften lehnen ab, weil der Streik politisch war? Jeder Streik ist jetzt politisches Kampfmittel, mit dem wir die Reaktion bekämpfen müssen und können.“

Daß Schmidt in Wirklichkeit genau dasselbe Ziel hat wie die übrigen SPD.-Führer, geht aus seinen maßlos gehässigen Ausführungen gegen die Kommunisten hervor, die es zu erklären gelte. Die radikalen Töne, die er anschlug, sind zu nichts anderem bestimmt, als um, wie er selber sagte, zu „verhindern, daß die SPD. noch stärker wird“.

Ehrmann von der 70. Abteilung:

„Die zahlreichen Streiks der letzten Wochen lehren, daß die Arbeiter wieder zu kämpfen übergehen. Welch tiefe Aufwühlung der Doffentlichkeit durch den BWG-Streik, obwohl die Gewerkschaften nicht dahinter standen! Welche Rolle hätte er im politischen Kampf gegen die Reaktion spielen können, wenn die Gewerkschaften sich dahinter gestellt hätten. (Zurufe: Sehr richtig!)“

Diese Bewegung ist nicht eine Wahlmache der SPD. gewesen!

Jedenfalls ist bewiesen, daß Streiks in der Krise doch möglich sind.“

Jakobowitz:

„Wir sprechen so ablehnend von den Unorganisierten. Wir müssen uns um sie kümmern. Die Gewerkschaften hätten mit Leichtigkeit die Abstimmung beeinflussen können, so daß sie die statistisch notwendige Zweidrittelmehrheit ergeben hätte, aber sie haben es nicht getan. Gerade angesichts der Erfahrungen von oben, daß man den Streik niederhüpfeln wollte, hätten wir ihn führen müssen. Wenn wir mal ruhig zu: die Ablehnung der Gewerkschaften war ein Fehler.“

Schwarz von der 23. Abteilung:

„Das Verhalten des Verbandes war katastrophal. Kein Wort der Kritik ist scharf genug. Der Verband hat keinerlei Ahnung von der Stimmung der Belegschaft. Wie kam er dazu, die Leute aufzufordern, sich zur Arbeit zu melden? Der Verband ist nicht verpflichtet, die Leute zur Arbeit zu schicken, wenn er schon den Streik nicht führen wollte.“

Günther, Neukölln:

„Die ganze Abstimmung durch die Gewerkschaften war eine Farce, wenn man von vornherein nicht die Absicht hatte, eine erhebliche Mehrheit zu respektieren.“

So wurde die SPD. zum Vollstrecker des Kampfwillens.

Große Massen in der BWG. drängten zum Kampf, aber davon hatten wir keine Ahnung. Kann man den hungernden, zum Kampf entschlossenen Massen mit einer Prozentrechnung kommen?

Und wenn nun die statistisch notwendigen 75 Prozent sich für den Streik ausgesprochen hätten und der Schlichter auch dann abwürgte, was dann? Dann hätten die Gewerkschaften doch wohl auch zurückgepfiffen?

Wir sind eben gefangen in der Maschine des Schlichtungsverfahrens.

Jetzt zeigt sich, wie sie gegen die Arbeiterschaft verwandt wird. Der „Vorwärts“ schrieb gegen den Lohnabbau: Wehrt euch! Waren das denn nur Wahlsloggen?“

Bezirksvorsitzender Künstler:

„Parteiausschluß und Fraktion haben sich mit den Lehren des BWG.-Streiks befaßt. Es ist für die Zukunft in diesem Winter damit zu rechnen, daß solche Streiks wieder als Wirtschaftskämpfe ausgelöst werden mit sehr deutlichen politischen Zielen. Wir müssen aufpassen, daß das nicht wieder passiert. Jedenfalls hat dieser Streik gezeigt, daß im gegebenen Augenblick auch unorganisierte Arbeiter in der Lage sind, durch Streik den ganzen Machtapparat lahm zu legen. (Hört! Hört!)“

Runmehr erklärte Künstler wörtlich:

„Papens Plan, die Verfassung durch Staatsstreik zu ändern, ist daran gescheitert, daß Schleicher erkannte, Preußen habe Lage hindurch mit den Streikenden nicht fertig werden und ungehinderte Fahrt garantieren können; wie viel weniger werde das bei

einer allgemeinen politischen Streikbewegung der Fall sein.“

„Bei einem Generalstreik in Abwehr eines Staatsstreikes“, so rief Künstler emphatisch aus, „würden Polizei und Wehrmacht nichts gegen den Willen der geeinten Hand- und Kopsarbeiter vermögen.“ In diesem Augenblick bricht ein regelrechter

Tumult

aus. Der ganze Saal ist ein tobendes Meer von Rufen: „Und am 20. Juli? Warum habt Ihr da den Staatsstreik geduldet? Warum sind wir da nicht vom Leder gezogen?“ In dem Tumult bleibt Künstler minutenlang völlig unverständlich.

Was dann folgte, war belanglos. Die Vorstände verließen der Schaums Schlusswort fluchtartig den Saal und ersparten sich die Anhörung solcher famosen Entschuldigungslalauer: „Gott, wir sind nun mal Reformisten und so haben wir erst mal versucht, uns gütlich zu einzeln...“

... nämlich auf dem Rücken der Arbeiter. Das ist nun einmal reformistische Praxis. Wenn aber schon die hartgeleiteten Abteilungsleiter angesichts des Verrats der Weis und Künstler und Schaum in Tumulte ausbrechen, was sollen dann erst die Arbeiter tun?

Was die Arbeiter tun sollen? Sie sollen eine Partei verlassen, deren Führer zugeben, daß die Reaktion bei einem Generalstreik ohnmächtig wäre und die doch mit den vielen Mitteln die ihnen zur Verfügung stehen, das Zustandekommen von Massenstreiks verhindern, ja, die den BWG.-Streik noch der Klassenjustiz und dem Papen-Brecht als „politisch“ verpfiffen und heute erklären: „Wir müssen aufpassen, daß im Winter nicht wieder gekrickt wird.“

Wir sagen es mit allem Ernst unseren sozialdemokratischen Klassengenossen: Es führt kein anderer Weg zum Sieg des Proletariats als über den Bruch mit den Weis und Künstler!

„Bereinigt euch!“, so hat gestern das Zentralkomitee der SPD. allen Arbeitern und besonders den sozialdemokratischen zugerufen. „Bereinigt euch! In allen Gewerkschaften rechnet ab mit den Verteilungern der Brünning-Lieferung, der Hindenburg-Wahl und mit all denen, die Papen durch Schlichtungsapparat und Streikbruchpolitik bei seiner Notverordnungsdiktatur helfen, Kämpfe mit uns!“

Ja, das ist die Lehre aus den zynischen Geständnissen der SPD.-Führer: Kämpft mit den Kommunisten — dann werden wir gemeinsam siegen!

Das Gebot der Stunde im oberschlesischen Bergbau:

Jeder Betrieb organisiert seine Delegiertentouferenz

Was ist im oberschlesischen Bergbau zu tun?

Die Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden über Tage bei gleichzeitiger Lohnherabsetzung bis 30 Prozent mit stellenweiser vermehrter Feierabendarbeit und andererseits das Uebererschichtenverfahren erfordert die höchste Aktivität aller revolutionären Kräfte, um die Befehle von den Bergarbeitern abzumenden.

In einem Artikel haben wir diese Vorgänge schon konkret aufgezeigt und mehrere Zeichen angeführt, die diesen raffinierten Raubzug vorläufig abteilungs- und ortsweise durchzuführen. Heute dehen die Zeichenbarone ihre Maßnahmen schon auf ganze Belegschaften aus. (Siehe Johannagrube!)

Dieser Angriff muß mit allen Mitteln abgewehrt werden. Nicht nur die Bergarbeiter sind bedroht, sondern auch die Erwerbslosen und alle übrigen Schichten des Proletariats. Deshalb muß auch eine stärkere Unterstützung dieser Schichten, für die jetzt am stärksten bedrohten Bergarbeiter, das Gebot der Stunde sein.

Keine Minute darf mehr gezögert werden.

Jeder Betrieb muß sofort seine Delegiertenkonferenz organisieren.

Diese Konferenzen dürfen aber nicht so, wie es oftmals die vergangenen waren, nur leere Demonstrationen sein, sondern müssen tatsächlich vom Willen der Belegschaft getragen werden. Die Organisation muß von allen Bergarbeitern ausgehen, wobei der rote Verband, GSWD. und die RSO. in den Betrieben in der Führung konkrete Vorschläge ausarbeiten und aktiv auftreten.

Von jeder Abteilung, von jeder Schicht, müssen wenigstens 1 bis 2 Mann, nach Möglichkeit ein älterer und ein jüngerer Arbeiter, delegiert werden. Diese Betriebsdelegiertenkonferenzen oder -konferenzen können sogar in Wohnungen abgehalten werden.

Die Delegierten der Abteilungen müssen alsdann die Abteilungsverfammlungen festlegen und sich mit den Vorgängen in der Abteilung und auf den Zeichen beschäftigen.

Als 3. Etappe folgt die Festlegung der Belegschaftsversammlung und Wahl einer Kommission durch die Belegschaft, die der Verwaltung die Forderungen der Belegschaft ultimativ unterbreitet.

Bei jeder Festlegung und Wahl sind die Bergbauindustrieverbandskammeraden, christliche Arbeiter, Unorganisierte und Kapiproleten

gemeinsam mit den Kameraden des GSWD. und der RSO. dem Einfluß unter der Belegschaft nach zu der Arbeit gegen die Arbeitszeitverlängerung und den Lohnabbau heranzuziehen.

Die Frage der Einheitsfront unter der Belegschaft muß zu einer konkreten Kampfaufgabe für Verbeibaltung der alten Lohnsätze und Schichtzeit werden.

Tausende von Bergarbeitern sind in Oberschlesien erwerbslos. Die Löhne sind schon jetzt auf einen solchen Tiefstand gesunken, daß

jeder Pfennig Lohnabbau ein Verbrechen

ist. Der schärfste Kampf muß gleichzeitig gegen die Gewerkschaftsbürokratie der reformistischen und christlichen Verbände geführt werden, die jetzt bei der großen Bergarbeiternot eine wüste Hebe treiben gegen die Sowjetunion und die SPD., um die Bergarbeiter in Oberschlesien den Raubplänen der Zeichenbarone widerstandslos auszuliefern.

Bergarbeiter, her zu uns! Für Einheit zum Kampf für Verteidigung des Lohnes und der Arbeitszeit!

**Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands
Bezirk Oberschlesien**

Nazi-Arbeiter, so betrügt euch Hitler!

Er kühndelt mit Eugenberg und seinen Reaktionären!
Er kühndelt mit Dingeldey und seinen Schwer-
ausbeutern!
Er kühndelt mit Raas und mit Rom!
Er kühndelt mit Schleicher!

Hitler verschachert eure Haut an das Finanzkapital!

Schluß mit Hitler! Her zur roten Einheitsfront!

RUND UM DEN ERDBALL

Erdbeben im Ruhrgebiet

Leichte Stöße — Die Erdstöße auch in anderen Teilen Westdeutschlands und in Südholland

Essen, 21. November. In der Nacht zum Montag gegen 0,40 Uhr verspürte man zwei leichte Erdstöße von ungefähr drei Sekunden Dauer. Das Beben war von einem dumpfen Rollen begleitet. Auch in Gelsenkirchen, Bochum, Nealinghausen, Düsseldorf und verschiedenen anderen Orten wurde das Beben verspürt. Ob irgendwelche Sachschäden entstanden sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Düsseldorf, 21. November. Das leichte Beben, das am Montag kurz nach Mitternacht im Ruhrgebiet verspürt wurde, hat wahrscheinlich seinen Ursprung in Holland gehabt, da nach vorliegenden Meldungen aus Arefeld, München-Glabbech und Nimwegen dort sehr starke Stöße verspürt wurden. Auch in Düsseldorf machte sich das Beben stärker bemerkbar, die Fenster klirrten und Tische und Stühle bewegten sich.

Köln, 21. November. Wie in anderen Städten Westdeutschlands, vornehmlich im Ruhrgebiet, wurden auch in Köln in der Nacht zum Montag gegen 0,45 Uhr Erdstöße verspürt. Weitere Meldungen von Erdstößen kommen aus Aachen, Glabbech-Rheydt, Schweiger und Koblenz. In Koblenz war das Beben so stark, daß Fensterrahmen klirrten, Möbel ruckten und sich die Bilder an den Wänden bewegten. Verschiedentlich wurden die Einwohner

aus dem Schlafe geweckt. In Schweiger soll das Beben so heftig gewesen sein, daß zahlreiche Leute auf die Straße liefen.

Dortmund, 21. November. Die Erdstöße wurden auch im Dortmunder Bezirk verspürt. Besonders im Stadtteil Mengede machten sie sich durch ziemlich starke Schwankungen bemerkbar. Die Bewohner dieses Stadtteils wurden in große Aufregung versetzt, da sie annahmen, daß auf der in der Nähe gelegenen Zeche eine Explosion erfolgt sei.

Amsterdam, 21. November. Im Süden Hollands wurde bereits am Sonntag um 1/10 Uhr ein Erdstoß verspürt. In Den Dunge erhielt die Mauer einer Kirche an verschiedenen Stellen Risse. Zwei weitere Erdstöße wurden dann am Montag gegen 1/1 Uhr morgens auch noch an verschiedenen Orten verspürt. In Den Bosch geriet die Bevölkerung in starke Unruhe, da das Geräusch umlief, die Munitionswerkstätten von Hemburg seien in die Luft gesunken. In einem Kaffeehaus entstanden Risse im Fußboden. Die Gäste eilten verängstigt ins Freie. In Amsterdam, Haag und Utrecht wurden die Erdstöße nach Mitternacht ebenfalls verspürt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind ernstere Schäden nicht entstanden. Wo das Zentrum des Bebens liegt, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Die deutsche Schule in Moskau

Die Rolle der Elternbeiräte — Selbstverwaltung der Kinder — Werkstatt im Hof der Schule

Am 1. September hat die Moskauer „Deutsche Polytechnische Schule Karl Liebknecht“ neue Räume bezogen, in einem früheren Gymnasiumsbaus, Sadowaja Spas'kaja 6. Wer die deutsche Schule im früheren Zustand, in dem alten Gebäude, gekannt hat, muß erfreut sein über die Veränderung. In großen hellen luftigen Räumen lernen die Schüler. Alle notwendigen Räume sind eingerichtet, bedürfen nur noch der Ergänzung: eine — wenn auch noch zu kleine — Werkstatt, ein Turnsaal ist da mit den wichtigsten Geräten, ein Klubsaal mit Tisch und Kino, aus altem Material von den Schülern selbst hergestellt, ein Physik- und Chemieaal, ein Biologieaal mit Arbeitskabinetten, Sprechzimmer für den Leiter, die Lehrer, den Arzt und ein großer Speisesaal.

Wiermal am Tag speisen 150 Kinder in der Schule. Es gibt zwei Gänge: Suppe und Gemüse, oder Kascha, oder Melone, zwölfmal im Monat auch Fleisch. 75 Prozent der Kinder nehmen an der Kindererziehung teil, für die 40 Kopfelemente täglich von den Eltern gezahlt wird. 10 Prozent speisen unentgeltlich.

Organisiert und verwaltet wird die Kindererziehung vom Elternrat, der an der Sowjetschule überhaupt eine wichtige, aktive Rolle spielt und nicht — wie in Deutschland — nur dekorative Bedeutung hat. 50 Prozent der Eltern sind Reichsdeutsche, die übrigen verschiedener Nationalität.

Neben dem Elternrat haben die Pioniere in der Sowjetschule eine große erzieherische Aufgabe. Die Pionierbewegung steht nicht wie die deutsche Jugendbewegung in Opposition zu Schule und Elternhaus, sondern sie ist ein von den Sowjetpädagogen einstimmig bejahter wichtiger Faktor des Schullebens. Auch in der deutschen Schule ist die Pionierbewegung stark. 75 Prozent aller Schüler gehören ihr an.

Die Selbstverwaltung der Schule — der von den Schülern gewählte Schülerrat — arbeitet im gleichen Sinne und hat daher auch eine wichtige Funktion im Schulleben.

Ausgezeichnet ist in der Deutschen Schule das Sanitätswesen organisiert. Jedes der 650 Kinder, die sie besuchen, steht unter Kontrolle der Schularztin. Bei der Aufnahme wird unter Aufsicht einer Schwester, die auch dauernd in der Schule tätig ist, jedes Kind gründlich untersucht. Alle drei Monate wird eine Untersuchung sämtlicher Schüler vorgenommen und von der

Arztin entsprechende Anordnung getroffen. Besondere Fälle werden Spezialisten überwiesen. Auch die Zähne werden kontrolliert.

Zur psychologischen Beobachtung und Beratung ist eine Pädagogin angestellt, die über jedes Kind einen psychologischen Beobachtungsbogen führt und pädagogische Ratschläge an Lehrer und Eltern erteilt.

Die Schule besteht, die „Kullgruppe“ eingeschlossen, aus neun Gruppen, zu denen noch zwei höhere hinzukommen sollen, so daß die Schüler nach Absolvierung der Schule sofort in ein Technikum eintreten können. In jeder Klasse sind 25 bis 45 Schüler, also mehr als angezeigt, da weder Räume noch Mittel für kleinere Klassen da sind. Die Unterrichtssprache ist deutsch, russisch wird als erste Fremdsprache von der ersten Suppe an unterrichtet, in der Oberstufe kommt als zweite Fremdsprache das Englische hinzu. Da die englische Schule im selben Gebäude untergebracht ist, kann das Erlernen des Englischen durch lebendige Praxis gefördert werden.

Der polytechnischen Erziehung dient die Einrichtung einer Werkstatt im Hofe der Schule mit 14 Hobelbänken. Die Unterstufe arbeitet dort regelmäßig dreimal in der Dekade unter fachkundiger Leitung. In den unteren Gruppen werden nur Gegenstände aus Papier, Pappe, Garntrollen, Stöckchen und Abfall hergestellt. In den oberen geht die Produktion aufsteigend von den einfachsten Holzarbeiten, Holzverbindungen usw. zu Modellen aus Holz — Traktoren, Schiffe, Flugzeuge — auch werden einfache Apparate für den Physikunterricht erzeugt. Von Anfang sind Theorie und Praxis vereint. Die Schüler sollen eine gute Kenntnis des Materials, das sie verwenden, bekommen und eine richtige Erziehung zum Werkzeug, ein gutes Verständnis des Arbeitsprozesses. Auf der oberen Stufe wird dieser wichtigsten Seite der polytechnischen Erziehung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Schüler arbeiten zweimal in der Dekade in einem großen Betrieb für Maschinenprüfung, bei Orga-Metall. Dieser hat das Patronat über die Deutsche Schule übernommen, d. h., daß diese in vieler Beziehung von Orga-Metall unterstützt wird, durch Materiallieferung wie durch Geldmittel.

Die neuesten Fortschritte der Deutschen Schule, das Fortschrittstempo, geben Hoffnung darauf, daß sie bald in der Reihe der besten Sowjetschulen stehen wird. E. M.

Neuer großer Steuerhinterziehungsstandal in Frankreich

Paris, 21. November. Ein neuer großer Steuerhinterziehungsstandal gestellt sich jetzt zu den noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen über die 1018 Pariser Kunden der Baseler Handelsbank, die den französischen Staat um beträchtliche Steuersummen hintergangen haben.

Diesmal handelt es sich um den Pariser Vertreter der Genfer Banque Lombard Odier, der gleichzeitig Mitglied der Banque de Paris de l'Europe Central ist. Ein Graf de Chabrignac, um den es geht, wurde auf eine Anzeige hin von einem Untersuchungsrichter in Anwesenheit von Polizeibeamten in seinem Büro einem fünfständigen Verhör unterzogen. Während der Untersuchung riefen bei dem Grafen mehrere Kunden an. Die Telefongespräche wurden von den Polizeibeamten aufgefangen, die die Ahnungslosen zur Entgegennahme ihrer Couponbeträge in das diesen wohlbekannte Büro des Grafen bestellten. An Stelle der erhofften Geldbeträge fanden sie dort die Polizei vor, die ihnen auf Grund des belastenden Materials ihre ungeschlichen Beziehungen zum Grafen nachwies. Im Verlaufe des Verhörs gelang es dem Grafen, das Telephon vorübergehend unbrauchbar zu machen. Jedoch fiel es den Polizeibeamten bald auf, daß die Telephonanrufe aufhörten. Die Leitung wurde wieder eingeschaltet und sofort folgten weitere Anfragen zahlreicher Kunden. Der Graf beteuerte hartnäckig seine Unschuld, doch scheint ein erdrückendes Material bei ihm gefunden worden zu sein. Unter anderem hat der Untersuchungsrichter eine Liste mit 300 bis 400 Namen beschlagnahmt. Nachdem das schlechte Gewissen des Beschuldigten schon durch seinen Versuch, das unbequeme Telephon zum Schweigen zu bringen, hinreichend beleuchtet war, bemerkte der Untersuchungsrichter, wie der Graf von seinem Notizbuch ein Blatt abriß, es zu einer Kugel rollte und in einen Urnenbecher warf. Das Blatt wurde auseinandergefaltet und man fand auf ihm die Telephonnummer eines Vertreters der genannten Genfer Bank, der regelmäßig nach Paris zu kommen pflegte. Der Untersuchungsrichter, dem davon Mitteilung gemacht wurde, daß der betreffende Vertreter der Schweizer Bank in Begleitung eines anderen Herren der gleichen Bank sich gegenwärtig in Frankreich befindet, veranlaßte einen Fahndungsbefehl gegen beide und ließ die Grenzbehörden anweisen, beiden Schweizern die Rückkehr in ihre Heimat nicht zu gestatten.

Schiffszusammenstoß auf der Nordsee

Panik unter den Fahrgästen

London, 21. November. Der den Passagierdienst von Zeebrügge nach Harwich versiehende englische 2000-Tonnen-Dampfer „Antwerp“ hatte am Sonntagvormittag auf der Höhe von Zeebrügge einen bedenklichen Zusammenstoß mit dem amerikanischen Dampfer „Hastings“. Da man zunächst den Zusammenstoß für sehr schwer hielt, gerieten die 50 Fahrgäste der „Antwerp“ in eine Panik, stürzten halbbedeckelt an Deck und verlangten die Schwimmwesten. Bald stellte sich jedoch heraus, daß das Schiff nur leichte Beschädigungen an Bord hatte. Es konnte die Fahrt nach Harwich fortsetzen, wo es mit acht Stunden Verspätung eingetroffen ist.

Nach Betrügereien in Höhe von 200 000 Zloty geflüchtet

Kattowitz, 21. November. Der Inhaber eines großen Konfektionsgeschäfts in Neudorf (Oberschlesien), Josef Gamlitz, ist nach Betrügereien in Höhe von über 200 000 Zloty geflüchtet. Man nimmt an, daß er sich nach Deutschland gewandt hat. Durch die Betrügereien sind mehrere Lodger Textilfabriken geschädigt.

Selbstmord mit Typhusbazillen

Der New Yorker Arzt Thomas Lynes wurde mit einer außerordentlich schweren Typhusinfektion in ein Staatskrankenhaus gebracht, wo er bald verstarb. Auf dem Totenbette gestand er, sich die Infektion selber beigebracht zu haben, um auf eine „originelle Art sterben zu können“.

Verantwortlich: Alfred Wendrich, Berlin.

... und das alles für



eine Reise nach der Sowjetunion, ein Motorrad, ein Falboot, ein Radioapparat, ein Wohnzelt, acht Paar Skier mit Trainingsanzügen

... über 200 000 revolutionäre Schriften

Darunter: 9 Bibliotheken klassischer und aktueller Literatur des Marxismus-Leninismus im Werte von je 200 Rm., eine komplette Ausgabe der Marx-Engels-Werke, 1660 komplette Kassetten Elementarbücher des Kommunismus (12 000 Bände), Kleine Leninbibliothek (7000 Bände), Lenin „Sämtliche Werke“ (700 Bände), Marxistische Bibliothek (900 Bände), Internationale Memoiren. 81 875 wertvolle Einzelwerke und 110 000 revolutionäre Erzählungen und diverse Schriften.

Das sind die Gewinne unserer Verlosung!

Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfront-Aktion

Organisiert den Massenvertrieb der 10-Pf.-Lose

Ziehung am 10. Dezember

Erfolge kämpfender Breslauer Frauen

Breslau, 22. November. Am gestrigen Tage wurde erneut eine Delegation Breslauer erwerbsloser Frauen unter Führung des kommunistischen Stadtorordneten Genossen Jzka im Rathaus vorstellig. Der „Ober“ natürlich war in Berlin und Masche angeblich bei einer Sitzung.

Während die Kollegen in dem Rathaus warteten, wurden die sich vor dem Rathaus anammelnden Erwerbslosen, da sie immer und immer wieder Hungerrufe ausstießen, mit dem Gummiknüttel brutal auseinandergetrieben.

Der Delegation wurde dann mitgeteilt, daß ab sofort die Kohlenscheine ausgegeben werden.

Die Delegation gab dann den im Rathaus auf das Ergebnis wartenden Kolleginnen und Kollegen ausführlichen Bericht. Vom Rathaus aus begab sich die Delegation zum Stadtrat Daumann und verlangte Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Die ausgegebenen Kohlenscheine dürfen nicht für den Monat Dezember angerechnet werden, sondern gelten als Sonderzuweisung.
2. Die bisher bestehende Bestimmung, daß ab fünfter Person eines Haushaltes es nur statt 2 Pfund Brot nur ein Pfund verabfolgt wird, muß aufgehoben werden und erhalten alle Mitglieder eines Haushaltes pro Person ein Pfund Brot.
3. Für den bisherigen Umtausch der Brotmarken der Kinder, der bisher in einem Viertel Liter Milch erfolgte, wird statt ein Viertel Liter Milch je ein Viertel Liter Milch verabfolgt.
4. Die bisher bei Kinderzuteilung erfolgte Bedürftigkeitsprüfung durch die Kinderkrippen fällt weg. Schulpflicht erfolgt ohne Prüfung.

Stadtrat Daumann erklärte sich hierfür nicht kompetent und versprach, diese Fragen in der nächsten Sitzung regeln zu wollen.

Weiter wurde die Delegation bei dem Leiter des städtischen Presseamtes vorstellig und verlangte eine neue, der Wahrheit entsprechende Stellungnahme der Vorgänge der vorigen Woche auf den einzelnen Abteilungen des Fürsorgeamtes. Daumann mußte nun nach Anruf des Dezernenten des Presseamtes zugeben, daß er der Frauen-Delegation die Ausgabe der Kohlenscheine schon in der vorigen Woche versprochen hatte. Das Presseamt wird nun eine entsprechende Mitteilung allen Zeitungen zustellen.

Bereits am Donnerstag, dem 17. November erschienen vor dem Wohlfahrtsamt Michaelstraße circa 30 bis 40 Arbeiterfrauen mit ihren Kindern und verlangten dort Kohlen- sowie Lebensmittel-scheine, da sie nicht mehr länger hungern und sterben wollten. Sie wurden von der Wochstelle zur Rechenstelle geschickt, natürlich nur, um diese Frauen loszuwerden. Diese Frauen ließen sich aber nicht beirren, sondern forderten sofortige Ausgabe der Karten. Sie hatten nichts mehr zu essen und es erkälten fortwährend Sprechrohre, Hunger, Hunger. Die Beamten aber verhöhnten diese Frauen noch und die Polizei, die natürlich sofort wieder alarmiert war, versuchte sie abzudrängen. So erklärte ein Polizeiwachmeister, daß die Unterführung in ihrer jetzigen Höhe noch nicht zum Verhungern wäre.

Daraufhin zogen die Frauen, begleitet von der Polizei, in die nächsten Bäckereien und Fleischerieen und verlangten dort zu essen, da sie Hunger hätten, worauf ihnen die Geschäftsinhaber auch sofort etwas ausbändigten.

Die Scheiniger Arbeiterfrauen verlangten die sofortige Herausgabe der Lebensmittel- und Kohlenscheine und haben für diese Forderungen bis zur Erreichung gekämpft.

Durch den Kampf der Breslauer erwerbslosen Frauen ist der

Magistrat zur Ausgabe der Kohlenscheine gezwungen worden. Der Kampf darf jetzt nicht erlahmen, sondern er muß jetzt verstärkt fortgeführt werden, damit die ausgegebenen Kohlenscheine nicht für Dezember angerechnet werden. Nicht nur die bisher den Kampf führenden Frauen, sondern alle Breslauer erwerbslosen Frauen müssen sich gemeinsam mit den Kollegen in die Kampffront einreihen.

Am Montag, dem 21. November, wurden innerhalb eines Zeitraumes von zwei Stunden drei Frauen vor Hunger ohnmächtig und mußten mit dem Krankenauto der Feuerwehr weggebracht werden.

Eine Hitlerregierung soll jetzt für die deutschen Kapitalisten die Ausshungerung und Niederdrückung der Proletarier vornehmen. Der Kampf der Breslauer Frauen ist ein leuchtendes Beispiel, daß die deutschen erwerbslosen und ausgebeuteten Millionen nicht gewillt sind, unter faschistischer Skute im Interesse der fetten Leute, der Industriekapitäne, Krantzenfer und Wärsenmagnaten auf den Friedhof auszuwandern. Die Breslauer Frauen haben begonnen den erfolgreichen Kampf aufzunehmen. Unterbrüche Massen, organisiert den Kampf gegen jede faschistenregierung, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik.

Langjährig organisierte Arbeiter brandmarken die DMB-Bürokratie

Die Branchenversammlung der Maschinenschlosser im Deutschen Metallarbeiterverband, kombiniert mit den Konstruktionschlossern und Formern, am Donnerstag, nahm einen sehr bewegten Verlauf.

Der Gewerkschaftsführer Ziegler, bekannt als S.P.-Mann, hielt ein Referat über „NSD. und Notverordnung“. Sein Thema war allerdings entweder falsch gewählt oder er selbst hatte sich in dem Thema geirrt, denn etwas Grundfährliches über die faschistische NSD. brachte er nicht.

Sein Referat war eine einzige Kommunistenbege, die selbst keinen Parteifreunden auf die Nerven fiel.

Den Kommunisten nahm er sehr übel, daß sie im Berliner Streikarbeiterstreik auch Nationalsozialisten mit in die Streikleitung genommen hatten. Er machte sich dabei die Argumente der rechten Gewerkschaftskongresse zu eigen. Aber die Zwischenrufe seiner Parteigenossen, die im Betrieb stehen und noch ernsthaft die Frage des Kampfes stellen, gaben den Kommunisten im Berliner Streik recht. Ein Arbeiter rief, daß auch bei einem schließlichen Streik in der Provinz ein freigewerkschaftlicher Betriebsrat daselbe getan habe. Ziegler brühte darüber nur sein Bedauern aus.

Doch die Metallarbeiterkollegen haben schon längst erkannt, daß die Proleten von den einzelnen Führergarnituren auseinander manövriert werden und daß dadurch die Kapitalisten ihr Ziel, die Niederdrückung der Arbeiter, am besten erreichen. Wir betonen, daß wir allen Proleten, die sich heute noch in der NSD. befinden, und der falschen Meinung sind, daß ihre Führer gegen die Kapitalisten für die Arbeiter eintreten, daß wir allen denen die Hand zum Kampfe reichen. Hitler und Konjorten haben und werden die Arbeiter auch in Zukunft verraten und belügen. Darum muß auch jeder Prolet, der wirklich kämpfen will, aus dieser faschistenpartei heraus gewonnen werden. — Seine Verbundenheit mit der zentralen Gewerkschaftsbürokratie zeigte Ziegler besonders dadurch, daß er wohl, wie eben erwähnt, die Kommunisten der Zusammenarbeit mit den Faschisten beizichtigte, daß er aber mit keinem Wort auf die Tatsache eingieng, daß seit dem Dornhunder-Verbandsstag auch jeder Faschist Mitglied im D.M.B. sein kann.

Das, was Ziegler erreichen wollte, ist ihm vorbeigelungen. In seiner niederträchtigen Hege gegen die kommunistische Partei als die Führerin der revolutionären Arbeiterklasse und in der Hege gegen die

Führer der NSD. wollte er die Metallarbeiterkollegen über die brennenden Tagesfragen hinwegtäuschen. Doch die Diskussion zeigte, daß seine Kollegen ihm die bittersten Vorwürfe an den Kopf warfen. Ein 35 Jahre im D.M.B. organisierter Kollege hochwerte sich bitter über die Haltung der Gewerkschaften in den Tageskämpfen. Die übrigen Kollegen hörten ihm teils stillschweigend zu, zum größten Teil stimmten sie ihm zu und bekundeten damit ihre Verbundenheit mit dem Sprecher, der sich gegen Ziegler und die Arbeit der Bürokratie wandte.

Für die Kommunisten gilt es nun, alle Kräfte anzuspannen, um den Kollegen in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Abwehrkämpfe klar zu machen. Wenn sich die Arbeiterklasse nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt, wird sie vom Faschismus im Interesse des Geldbriads niedergeschlagen. Darum gilt es die Abwehr zu organisieren, die Opposition innerhalb der Gewerkschaft zu verstärken, mit der NSD. alle entscheidenden Vorbereitungen zum Kampf zu treffen.

Die Ziegler und Konjorten werden alle möglichen Hindernisse den Metallkollegen in den Weg legen. Sie wollen keine kämpfende Arbeiterklasse, weil durch den Kampf die Geschlossenheit und die Einheitsfront der Arbeiter Tatsache wird. Aber diese Führer wollen nur von Einheitsfront reden, fürchten sie aber mehr als irgend etwas anderes auf der Welt. Die Einheitsfront ist aber bringen notwendig. Mühtet darum zur Einheitsfront der Tat, organisiert die Abwehr verächtlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Abwehr des faschistischen Terrors, und beantwortet jede Maßnahme gegen euch mit dem Kampf.

Freie Menschen, Breslau. Am Sonntag, dem 27. November, um 18 Uhr, findet in unserem Heim Sonnenstraße 39 eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Wahlschiebung auf dem Lande

In Kauern, Kreis Brien, erscheint im Wahllokal der Nazi Alfred Weiß. In der Kartothek war er nicht verzeichnet, also mithin auch nicht angemeldet. Er dürfte demnach nicht wählen. Der Wahlvorsteher, Lehrer Rothkegel, wollte auch die Wahlhandlung nicht zulassen. Der amende Gemeindevorsteher Wiltsch erklärte, man soll ihn auf den 3 m p f s c h e i n wählen lassen, was auch geschah, damit nur für „Adolf“ keine Stimme im Dorfe fehlte. Wenn es sich um Faschisten handelt, spielen gesetzliche Bestimmungen weiter keine Rolle. Anders allerdings bei Antifaschisten.

Die Klassenjustiz liegt auf der Lauer

Brieg. Am 15. November stand unser Genosse R. Proste vor dem Brieger Schöffengericht. Man beschuldigte ihn, den S.L.-Lümmel M e h r l ä n d e r mit einem Stock über den Kopf geschlagen zu haben. Daraus wollte man gegen einen Klassenbewußten, revolutionären Arbeiter eine große Aktion machen. Man hatte einen Zeugenapparat ausgeben, der die notwendigen „Beweise“ bringen sollte. Körperverletzung aus politischen Beweggründen sollte da in Frage kommen und einige Monate Gefängnis die Folge sein.

Doch alle die geladenen Zeugen konnten nichts Belastendes gegen den Genossen vorbringen und so sah Staatsanwalt und Gericht keinen anderen Ausweg, als den Genossen Proste freizusprechen wegen Mangels an Beweisen.

Die Reaktion wütet und verucht überall die Klassenbewußten Arbeiter mit Hilfe der Klassenjustiz hinter Kerkermauern zu bringen. Darum reißt euch ein in die rote Hilfe, kämpft für die Opfer, die heute für die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Zwingsburgen leiden.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Föndrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Cillam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesiische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Fundfahnenversteigerung

Die Fundfahnen aus der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1932 werden am Dienstag, dem 6. Dezember 1932, vormittags 9 Uhr, im Straßenbahnhof I, Lohstraße 72 (frühere Omnibushalle), Loreingang, meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Die Bekanntmachungen über die gefundenen Gegenstände haben im Rathaus öffentlich ausgehangen.

Verwaltung der Rddt. Straßenbahn

Liegnitz

Heute treffen ein!

Fett-Bäcklinge 8 Stück 25 Pfg.
Kiste 5 Pfund Inhalt 1.10
Fett-Sprotten 1/4 Pfd. 18 Pfg.
Fett-Schotta 10 Stück 38 Pfg.

„Hartuna“ Liegnitz
Goldberger Str. 41, Mittelstraße 32

Opposition fordert im DFB. Kampf gegen drohendes Verbot

Breslau. Am 18. November fand in den Zentralhallen Westendstraße, eine Mitgliederversammlung des DFB., Bezirk Nikolaier, statt. Piefisch schien wieder die Zeit für gekommen, Mitgliederversammlungen stattfinden zu lassen. Wahrscheinlich glaubt er, die „kommunistische Pest“ im DFB., genau so wie Papen in Deutschland, ausgerottet zu haben. Die Zeit wird ihn etwas anderes lehren! Das Referat hielt Schirdewan. Zu dem Punkt: Herabsetzung der Beiträge, berichtete der Referent, daß sich die Kapfenfrage in Schlesien wohl gelöst hätte, aber eine Herabsetzung der Beiträge läme nicht in Frage. Man habe bei den Vorständen auch schon erheblich abgebaut. Der Hauptvorstand Sievers bekommt „n u r“ noch 800 M a r k — und P i e t s c h h ä t e „n u r“ noch 400 M a r k. Die Referenten, welche Piefisch in die Provinz hinausjagt, um die kommunistische Pest auszurotten, bekommen 70 Pf. die Stunde.

Die Kulturarbeit des DFB. besteht nach den Ausführungen des Referenten darin, den Verstorbenen des Verbandes eine würdige Verbrennung zu bereiten. Wenn die Kulturaktion weiter fortgeschritten, müßte man zum R a d i o s t r e i f greifen.

Participativische Diskussionen dürfen im Verbands nicht gebuldet werden, da zu viel Strömungen vorhanden sind.

Damit hat Genosse Schirdewan die Rolle des Verbandes als Schmorverein am besten gekennzeichnet. Bei dem Punkt: „Wirb der DFB. verboten?“ beruhigte der Referent die Mitglieder damit, daß mit einem Verbot garnicht zu rechnen wäre. Die Parteigeisse wird den Verband erst dann verbieten, wenn sie alle Arbeiterorganisationen verbietet. Deshalb wäre eine jetzige P r o t e s t - F ü h r u n g v o l l k o m m e n z w e c k l o s.

Zu der Diskussion sprach als erster Kirstein. Er war sehr radikal gegen Piefisch und den Hauptvorstand. Als er aber damals, bei dem Ausschluß des Genossen Felsen Farbe bekennen sollte, lief er zu den Verrätern. Auch der NSD.-Gläser war wieder einmal sehr revolutionär.

Die Genossin Domnitsch zerpflogte das demagogische Referat Schirdewans. Sie stellte fest, daß die Ausführungen des Referenten, der DFB. wird vorläufig nicht verboten, eine Beschäftigungsspielle ist und die Mitglieder vom Kampfe abhalten soll. So harmlos wie Schirdewan die Verbotsdrohung hinweist, ist sie nicht, denn sogar der Hauptvorstand des DFB. führt am 21. November in Berlin eine große Protestkundgebung gegen den Ausschluß des Hauptauschusses des Preussischen Landtags, der das Verbot des DFB. fordert, durch.

Am Schlusse der Ausführungen brachte die Genossin Domnitsch im Namen der revolutionären Opposition im DFB. eine Resolution ein. In dieser fordert die Opposition die Durchführung eines Massenstreikstages als Auftakt zum Protest gegen das

drohende Verbot. Dieser Tag wurde von der Versammlung auf den 15. Dezember festgelegt. Die Resolution wurde von der Versammlung ohne Widerspruch angenommen.

Als nächster Diskussionsredner sprach Genosse Barthel. Kirstein legte eine Resolution vor, welche die SPD. als bürgerliche Partei brandmarkt und Protest gegen das drohende Verbot erhebt. Diese Resolution wurde von der Versammlung angenommen. Ein Jugendgenosse aus der Freidenkerjugend berichtete, über das schändliche Verhalten des Bezirksvorstandes P i e t s c h.

Dieser entzog der Jugend drei Heime und den größten Teil der finanziellen Unterstützung, da dieselben nicht mehr im Sinne des Verbandes handeln, d. h. nicht mehr im Sinne Piefisch. Die Jugend hat den reformistischen Betrug erkannt und rüßt jetzt zur roten Kulturfront vor.

Im Schlußwort wich der Referent der Gen. Domnitsch in geschickter Weise aus. Zu der Resolution des Gen. Barthel empfahl er der Versammlung den ersten Teil, welcher die SPD. kennzeichnet, nicht anzunehmen. Die ganze Versammlung stand unter wirklichem Kampfwillen gegen das drohende Verbot.

Die Opposition im DFB. läßt sich weder durch Piefisch noch von Sievers mundtot machen. Im Gegenteil zeigte die Versammlung den ernststen Willen aller Mitglieder des DFB., den Kampf gegen den Kulturfaschismus aufzunehmen. Alle Sabotageversuche des Piefisch werden zusammenbrechen, wenn die Mitglieder des DFB. mit der Opposition gemeinsam den Abwehrkampf organisiert.

Achtung! DMB-Mitglieder!

In dieser Woche finden folgende Branchenversammlungen der Metallarbeiter statt: Dreher und Aufschloffer: Mittwoch, den 23. November, 19,30 Uhr, Zimmer 10. Elektriker: Sonnabend, den 26. November, 19,30 Uhr, Zimmer 5. Kupfer Schmiede: Sonnabend, den 26. November, 19,30 Uhr, Zimmer 9. Schiffsbauer: Sonnabend, den 26. November, 19,30 Uhr, Zimmer 17.

Genossen! Wir machen euch immer wieder darauf aufmerksam, daß unsere wichtigste politische Arbeit der Kampf um die Betriebe und Gewerkschaften ist.

MASCH

Dienstag, den 22. November: Referentenkursus, verbunden mit rechnerischen Übungen. — Mittwoch, den 23. November: Fortsetzung des Kursus, Marxismus als Weltanschauung. Thema: Willkürlichkeit und Kausalität in der Entwicklung. — Donnerstag, den 24. November: Kursus: Politische Ökonomie. Referent: W. Felsen. Da jeder Kursabend für sich abgeschlossen ist, können Hörer noch teilnehmen. Die Kurse beginnen pünktlich 20 Uhr, im Schulraum Wallstraße 21, III.

Nur die Einheitsaktion verschafft Winterhilfe!

Sie reden von „Winterhilfe“ und bauen die Unterstützung ab — In der Gemeindekasse Pölsnitz fehlen 5000 Mark — Erwerbslose, fordert Deckung der überfüllten Halden und Warenlager!

Pölsnitz. Neber „Winterhilfe für die Bedürftigen“ wird zur Zeit sehr viel gesprochen. Wie diese „Winterhilfe“ in Wirklichkeit aussieht, dafür liefert die Gemeinde Pölsnitz den besten Anschauungsunterricht. Die Unterstützung für die Wohlfahrtsempfänger wurde abgelehnt. Eine schamlosere Verhöhnung der Erwerbslosen kann es wohl nicht mehr geben. Man spricht von „Winterhilfe“ und lässt ihnen die Unterstützung. Mit dem Brennholz sieht es nicht anders aus. Die Familien mit zwei und mehr Kindern konnten Holz fällen und in Meter einsehen. Die fürstliche Verwaltung hat den Wohlfahrtsempfängern einen Platz zum Holzfällen angewiesen, der den Waldarbeitern nicht zugunsten wird. Nach der mühevollen Arbeit glauben die Erwerbslosen, das Holz gratis zu bekommen, doch da hatten sie sich schwer getäuscht. Der Meter kostet 2,50 Mark und 1,50 Mark. Ein SPD-Funktionär machte dabei den faulen Witz gegenüber den Erwerbslosen, daß es „immer noch billiger sei als in der Schneemühle“. Das wird ihm nicht jegleich wieder vergessen werden.

Seit längerer Zeit pfeifen es die Spähen von den Dächern, daß in der Gemeindeverwaltung etwas nicht stimmt. Es sollen 5000 Mark fehlen! Die Gemeindeverwaltung hat bis jetzt diese Gerüchte nicht widerrufen. Also muß etwas Wahres daran sein! Dieser Skandal ist um so größer, da die Not aller Einwohner von Pölsnitz ungeheuer groß ist. Die Anträge der Erwerbslosen werden abgelehnt! Die Gemeinde steht vor dem Bankrott!

Rus dem Gottesberger Stadtparlament

„Nationale Konzentration“ von Sozialdemokratie, Faschisten und Zentrum

Anträge der SPD. im Interesse der Hilfsbedürftigen von diesen vereint abgelehnt — SPD.-Schöps der größte Demagoge und Papenknecht als Rechenkünstler am Ort

Nach monatelangem „Burgfrieden“ hatte der Vorsteher Kerbe sich aufgeregelt und endlich eine Sitzung einberufen. Die SPD-Fraktion hatte schon am 7. September die Anträge eingereicht. Auf Befragen unserer Vertreter sammelte dieser bürgerliche Präses als Entschuldigung, daß er erst die Anträge im Oktober erhalten hätte. Dabei sind die Anträge sofort dem Magistrat zugewiesen worden, was Genosse Jochmann feststellte. Die Anträge wurden an letzte Stelle gesetzt, was seinen Hintergrund hatte. Als zu diesen Anträgen Stellung genommen wurde, entkaroten sich diese Papenknecht als Soldaten des verrotten kapitalistischen Systems. Ungeheißlich schrien die Sprecher der Bürgerlichen, Zentrum, Christlichsozialen, nationalistisch angehauchten Vertreter, aber am meisten der Führung-Papen-Sozialdemokrat Schöps. Was sich dieser Pölsnitzler als alles erdreistet, hat auf seiner Kuhhaut mehr Platz. „Kampf gegen Hitler-Papen“ war das Feldgeschrei der Weis-Partei. Jetzt nach der Wahl muß wieder die Arbeiterchaft „geschlichtet“ ausgebeutet werden. Wenn Hitler mal Reichskanzler werden sollte, dann wird Schöps „geschlichtet“ Anklagen machen, damit immer „Redung“ vorhanden ist. Als Rechenkünstler wird er noch eine Anstellung erhalten. Den Reichsjungenschein hat er gegen die Hilfsbedürftigen erwirkt. Unsere Vertreter, Genossen Grammel und Jochmann widerlegten schlagfertig die dreifachen Umwürfe des Schöps. Die gerechten Forderungen der Genossen wurden von den im Jubelraum zahlreich erschienenen Arbeitern mit Beifallsgeschreien begrüßt, was den Vorsteher natürlich wieder aus der Ruhe brachte. Genosse Jochmann erhielt einen Ordnungsruf, da er behauptete, wo Geld vorhanden ist, um der armen Bevölkerung zu helfen.

Alle Anträge der SPD. wurden abgelehnt. Ein Hui war die Antwort der Zuhörer, was insbesondere der SPD. galt. Am liebsten hätte der Bürgermeister mit seinen Magistratsräubern das Uferkataster befreit. Eine achte Polizeistelle soll geschaffen werden. Dafür legte sich der Bürgermeister warm ein, aber für die Not der Erwerbslosen hat er kein Verständnis. Nur die Winterhilfe sollen lediglich 2000 Mark gemehrt werden, aber erst dann, wenn das Holz aus dem städtischen Forst geschlagen und verkauft sein wird. Bis dahin können die Hilfsbedürftigen weiter hungern. Geld war bei der Vorlage zur Umänderung und Trennung der Räume der Stadthaupt- und Stadtkassette im Rathaus, was einen Betrag von 5000 Mark ausmacht, genügend vorhanden. Die Not der Armen ist schrecklich. Heller wird das Geld hinausgeworfen für Befamntmachungen im „Nazi-Weekblatt“ und in der „Vergewacht“. Genosse Jochmann stellte den Antrag, auch die „Arbeiter-Zeitung“ als Publikationsorgan zu benutzen, das ist „ungeheißlich“ und wurde von der nationalen Konzentration von der SPD. bis zu den feinen Seiten der Bürgerlichen abgelehnt. Andere Vorlagen, die dem bürgerlichen Stadtparlamenten Stache nicht gefielen, wanderten in die „geheime Sitzung“. Die SPD. befürwortete das. Der Vächter Flugge vom Rathaus-Restaurant, eine besondere Marke, lebt schon von seiner Substanz und wird arm wie eine Kirchenmaus. Hilfe sollte in der geheimen Sitzung gebracht werden, wofür sich der Allgewaltige, Stadtk. J. Ignor von Schöps warm einlegte, da ihm anscheinend das Bier bei diesem Gefinnungsstreich gut schmeckt. Die Festsetzung der Bürgersteuer auf 300 Prozent sowie sonstige Belastungen machten dem Magistrat leichte Arbeit, da das alles „geschlichtet“ ist und die Stadtvorordneten nichts zu sagen haben.

Die Kommunisten und mit ihnen die Klassenbewußte Arbeiterchaft werden außerparlamentarisch für die Verwirklichung ihrer Forderungen auf Winterhilfe kämpfen. Schließt die rote Einheitsfront, dann wird dieser Kampf genau so wie in Pirmtenau und Beuthen a. d. O. erfolgreich sein! Geht der „nationalen Konzentration“ die Konzentration der Arbeiterklasse entgegen!

SA.-Bandit schlägt eine Frau blutig

Freiburg. Der SA-Mann A. Springer aus Neu-Waldenburg, Zietenstraße 12, trieb sich am Donnerstag wieder in Freiburg herum. Wahrscheinlich wollte er wieder einen Straßenüberfall ausüben. Diesmal wurde er verhaftet und in das Waldenburger Gefängnis eingeliefert. Dazu wollen wir folgendes feststellen: Adolf Springer ist ein Typ des „Dritten Reiches“. Er kann weder lesen noch schreiben. Einige Jahre verkehrte er mit der

Mit dem Bau an der Färberstraße scheint es auch seine Gaten zu haben. Der Bau wurde veranschlagt und vergeben und jetzt scheint das Geld nicht zu reichen. Der Gemeindevorsteher forderte daher die Wohlfahrtskommission zur Pflichtarbeit, d. h. zur Arbeit ohne Entlohnung, auf. Auf diese Art versucht die Gemeinde zu Geld zu kommen.

Die Arbeiter müssen es ablehnen, ohne Entlohnung zu arbeiten, das kann von ihnen kein Mensch verlangen. Jeder Arbeitende hat ein Anrecht auf den tariflichen Lohn! Die Wohlfahrtskommission von Pölsnitz, die zur Pflichtarbeit aufgerufen werden, müssen um diesen Lohn kämpfen. Die bedürftigen Einwohner von Pölsnitz werden auch solange keine wirkliche Winterhilfe bekommen, wie sie nicht zum gemeinsamen Kampf zusammenstehen. Nur durch die Einheitsaktion ist es möglich, für den Winter Kartoffeln, Kohlen und eine Sonderunterstützung zum Kauf von warmen Kleidern zu erlangen.

Die Kohlenhalden und Warenlager sind überfüllt! Es kommt nur darauf an, daß eine Nacht aufsteht und die Deckung der Kohlenhalden und Warenlager erzwingt. Diese Nacht kann nur die geeinigste Arbeiterklasse sein. Die Erfolge der Erwerbslosen von Pirmtenau und Beuthen a. d. O. sind Beispiele dafür, daß es nur im Kampf außerhalb des Parlaments unter revolutionärer Führung möglich ist, wirkliche Winterhilfe für alle Hungernden zu erlangen.

Frau K. Dabei gab es des öfteren Streitigkeiten, wobei die Frau stets den Kürzeren zog. Einmal kam es vor, daß Springer mit dem Messer auf diese Frau losging. Die Frau hatte ihm immer wieder verziehen. Eines Tages hatte sie es jedoch satt. Sie meldete den Präsidialbeamten bei der Polizei, worauf diesem das Betreten des Hauses verboten wurde. Springer sann auf Rache. Er trat in die SA. ein. Als eines Tages die Frau im Stadtpark saß, wurde sie plötzlich von diesem Kerl angefaßt und in den Leib getreten, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Oberstaatsanwalt von Waldenburg wies damals die Anzeige ab, wegen „Mangel an öffentlichem Interesse“ (!). Einige Zeit war Springer in der SA-Schule für die ersten ein. Fast alle Tage kam er nach Freiburg und provozierte die antifaschistische Bevölkerung. Immer wieder versuchte er gegen die Frau K. vorzugehen. Eines Tages ging diese mit ihrer Mutter nach Hause, plötzlich stand der Röhling in der Striegauer Straße vor ihr und schlug sie vor den Augen der Mutter mit einem harten Gegenstand nieder. Blutüberströmt sank diese auf den Boden. Der Röhling entwich. Die Frau lag acht Tage im Krankenhaus, eine Wunde am Kopf mußte genäht werden. Jetzt endlich hat es die Staatsanwaltschaft für notwendig gefunden, diesen gemeingefährlichen SA-Mann zu verhaften.

Die Mitgliedschaft dieses Menschen in der SA. zeigt, wie den Nazi-Führern alle dunklen Elemente willkommen sind, um gegen die Antifaschisten ihren organisierten Terror ausüben zu können.

Lustschubrummel — neue nationalistische Welle!

Seht dem Nationalchauvinismus in Stadt und Land proletarischen Internationalismus entgegen! Der Feind steht im eigenen Land!

Sagan. Die vergangene Wahl hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der nationalistischen Welle durch den Vortritt der Kommunisten, die Internationalisten sind, ein Damm entgegen gesetzt wurde. Auch in Sagan hat die SPD. über 200 Nazi-Proleten gewonnen. Jetzt versucht man, mit aktiver Unterstützung der Kommunalbehörde, eine neue nationalistische Welle zu erzeugen. Die SPD. wird alle Kräfte einsetzen müssen, um diesen Versuch zum Scheitern zu bringen. Es handelt sich um folgendes:

Auf die Initiative des Magistrats und mit aktiver Unterstützung der hiesigen bürgerlichen „Niederösterreichischen Allgemeinen Zeitung“ wird seit etwa zwei Monaten in breiterem Maße für den „Lustschub-Prepagananda“ getrieben. Ein Vorführungsstabs wurde herbeigeholt, um die Massen im Sinne des Nationalchauvinismus für den imperialistischen Krieg zu begeistern. Die Stadt kaufte einige Gasmasken an und errichtete eine Gaszelle für Uebungszwecke. Danach wurden Schritte eingeleitet, um sich der Hilfe aller bürgerlichen Zirkel und Verbände, darunter auch der Arbeitersamariter, zu vergewissern, was auch gelang. Es wurde ein „Lustschub-Beirat Sagan“ gegründet. Dieser hat letzte Woche folgende Abteilungen geschaffen:

- Lustschubleitung, Feuerwehr-Rettungsdienst, Entgiftungstruppe, Teufel, Jagdtrupp für städtische Betriebe, Alarmläufertrupp, Sanitätsdienst, Straßensicherung, Seuchenbekämpfung und Inzuchttrupp.

Führer dieser Abteilungen sind der Reihe nach wie oben: Polizeikommissar Pohl, Oberbrandmeister Viste, Stadtk. Dr. Jüngling, Hoffmann, Techniker Garbe, Direktor Kramer, Lehrer Schöps, Dr. Seehorst, Polizei Stiller, Dr. Jüngling und Fabrikdirektor Krüger.

Die Stadt hat erneut sechs Gasmasken gekauft, dafür wurde den Erwerbslosen die Unterstützung gekürzt! Man sieht also, daß hier ein nationalchauvinistischer Kummel größten Stils steigen soll. Damit will man die Werktätigen vom Kampf um das Stückchen Brot ablenken, im Geiste des Militarismus erziehen und für einen Krieg gegen Sowjetrußland reif machen. Die Arbeiterchaft und Werktätigen müssen das einmütig ablehnen. Jede Kriegsvorbereitung dient den Interessen der Kapitalisten. Das beweisen schon die Namen derjenigen, die sich um den Lustschub so eifrig bemühen. Der Polizeikommissar Pohl und Fabrikdirektor

Nazi-Überfall auf Kolporteur der „Arbeiter-Zeitung“

Waldenburg. Wie groß die Wut der Nazis über ihren Verlust bei den letzten Wahlen ist, mußte der Genosse Thiel erleben. Als er vergangene Woche die „Arbeiter-Zeitung“ zu einem Abonnenten auf dem Rachenberg trug, ließ er die Haustüre offen, da er nur einige Stufen hoch mußte. In diesem Moment kam die Frau Winter aus ihrer Wohnung gestürzt und fing an zu schimpfen: „Ihr mit euren verfluchten Zeitungen bringt nur einen Haufen Dreck ins Haus. Ihr verfluchten Kommunisten, euch haben wir schon lange auf dem Strich.“ Genosse Thiel ermahnte die Frau zur Ruhe und wollte gehen. In dem Moment kam Herr Breitkopf dazu, faßte den Genossen Thiel am Hals, um ihn zu würgen. Dagegen wehrte sich der Genosse Thiel und es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Vater und die Mutter der Frau Winter ebenfalls auf den Genossen Thiel einschlugen. Frau Winter war mit einem Küchenmesser bewaffnet und die Mutter derselben mit der Kohlenstaube. Die Aktentasche des Genossen wurde auf die Straße geworfen, wobei die Zeitungen herumfliegen und Dutzungen verloren gingen. Einige Zeitungen wurden auch zerrissen.

Der Genosse Thiel selbst wurde am Kopf und an der rechten Hand verletzt und mußte sich zu einem Arbeitersamariter in Behandlung begeben.

Dieser Vorfall wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Einzelne Nazis glauben wohl ihre Wut über den Stimmenverlust durch derartige Terrorakte gegen die Kommunisten loszuwerden. Das wird ihnen allerdings nicht gelingen. Die Arbeiter werden sich noch stärker als bisher im Roten Kampfbund zusammenschließen und derartige Terrorakte zu verhindern wissen. Die werktätigen Nazi-Anhänger werden jetzt erst recht diese Partei der Kapitalknechte verlassen.

Genossen Bruno Beckers letzte Fahrt!

Nieder-Salzbrunn. In Genossen Beder verliert die Arbeiterchaft einen aufrichtigen Kämpfer, seine Mitarbeit in den revolutionären Organisationen war Kampf diesem fluchwürdigen System. Die Arbeiterchaft ließ es sich nicht nehmen, ihm das letzte Geleit zu geben vom Trauerhause bis zur Ortsgrenze. Die große Anzahl der Erschienenen war Beweis, wie eng verbunden Genosse Bruno mit der revolutionären Arbeiterchaft war.

Genosse Schneider-Freiburg fand passende Abschiedsworte und gelobte, das begonnene Werk von Genossen Bruno fortzusetzen bis zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse. Nach einem Trauermarsch setzte sich der Trauerzug in Bewegung, voran die große Fahne, dahinter die große Anzahl derer, welche Genossen Bruno nahestanden. An der Ortsgrenze wurde Spektakel gebildet, um zum letztenmal von Genossen Bruno Beder mit einem „Rot Front“ Abschied zu nehmen.

Damit ist einer von uns gegangen, dem es nicht vergönnt war, die Befreiung der Arbeiterklasse mitzuerleben. Setzen wir alle Kräfte ein, um das Werk, welches unser verstorbenen Genosse begonnen, weiterzuführen zum endgültigen Siege. Jeder ein Agitator und Organisationsleiter, jeder ein Kämpfer für die Arbeiterklasse, wie es Genosse Bruno war.

Filmvorführungen des DJV.

Waldenburg. Wie aus dem gestrigen Inserat in der A-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ ersichtlich ist, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe des DJV. ab morgen drei Kinoveranstaltungen in der Schauburg, mit dem Film: „Das Erwachen der Seele.“ Die Vorführungen beginnen pünktlich am 23. und 25. November, nachmittags 3,30 Uhr, und am 24. November, vormittags 10 Uhr. Die Eintrittspreise mit 10 und 20 Pfennig sind äußerst niedrig bemessen. Niemand sollte veräumen, diesen Film zu besuchen.

Lustschubrummel — neue nationalistische Welle!

Seht dem Nationalchauvinismus in Stadt und Land proletarischen Internationalismus entgegen! Der Feind steht im eigenen Land!

Kramer gehören zu den größten Feinden der Arbeiterklasse! Polizeikommissar Pohl sorgte für die Niederschlagung der Erwerbslosen, als diese gemeinsam gegen den Raub der Unterstützung kämpften. Und Fabrikdirektor Krüger? Er führte im Auftrag des Unternehmers einen Lohnraub nach dem anderen durch. Beide sind sie treue Diener des Kapitals.

Die Arbeiterchaft und alle Hungernden lehnen den Lustschubrummel ab. Davon bekommt niemand satt zu essen! Für die Arbeiterklasse existieren keine Grenzpfähle! Das zeigt das mutige Auftreten des Genossen Thälmann, des Führers der SPD. in Paris. Thälmann hat dort die deutschen und französischen Arbeiter zum Kampf gegen die Kapitalisten im eigenen Lande aufgerufen. Er hat in beiden Ländern ein tausendfaches Echo gefunden.

Die Saganer Arbeiter und Werktätigen müssen dem nationalistischen Kummel den gemeinsamen Kampf gegen Lohnraub im Betrieb, um Winterhilfe für alle Hungernden entgegenzusetzen. Das ist zugleich die beste Verteidigung für die vom Krieg bedrohte Arbeiter- und Bauernrepublik Sowjetrußland!

Kein Terror kann den Vortritt der SPD. aufhalten

Sorla. Wie im allgemeinen, so konnte die SPD. auch in Sorla einen Einbruch in die Reihen der Anhänger der SPD. und Nazis verzeichnen. Die SPD. hat um fast 50 Prozent zugenommen, sie konnte ihre Stimmen von 68 auf 102 Stimmen steigern. Selbst ein Teil der Kleinbäuerlichen Schichten hat sich von den Nazi-Illusionen befreit. Die bürgerlichen Parteien versuchen sich jetzt zu rächen. Schon nach den Wahlen vom 31. Juli wurde der Zeitungskasten der „Arbeiter-Zeitung“ zweimal beschmierd und sogar gestohlen. Wir hatten darauf einen neuen Kasten angebracht. Nach den letzten Wahlen wurde dieser Kasten schon dreimal hintereinander aufgebrochen und die Zeitung gestohlen. Der Grundstücksbesitzer (sozialdemokratischer Konsumverein) verlangte die Entfernung des Kastens. Das zeigt, daß hinter jenen Leuten, die immer wieder unseren Kasten ausräumen, selbst SPD.-Funktionäre stehen.

Mit solchen Mitteln ist der Vortritt der kommunistischen Partei auch in Sorla nicht aufzuhalten! Wir werden auch weiterhin alle Hungernden um unsere rote Fahne sammeln und weiter kämpfen gegen die Verleumdung, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!